

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXV. Jahrgang, Nr. 5

Mai 1952

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Stabilisierung der Binnenwirtschaft, Schrumpfung des Außenhandels — Neuregelung der landwirtschaftlichen Preis-Kosten-Struktur — Ausgleich des Staatshaushaltes

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Ernährung; Wiens Fleischverbrauch im Jahre 1951 — Land- und Forstwirtschaft; Unveränderter Schweinebestand — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel; Gliederung der Außenhandelsbilanz nach Währungsgebieten

Produktion und Produktivität im österreichischen Pflanzenbau

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Stabilisierung der Binnenwirtschaft, Schrumpfung des Außenhandels — Neuregelung der landwirtschaftlichen Preis-Kosten-Struktur — Ausgleich des Staatshaushaltes

Die seit Herbst vorigen Jahres verfolgte Stabilisierungspolitik der österreichischen Bundesregierung — das Kreditabkommen vom Oktober und die Erhöhung der Bankrate im Dezember lagen schon auf dieser Linie — wurde im Laufe des Monats Mai durch den Ausgleich des Staatshaushaltes und die Neuregelung der landwirtschaftlichen Preis-Kosten-Struktur stärker untermauert und vorläufig abgeschlossen.

Zum ersten Male seit Kriegsende ist es gelungen, akute Schwierigkeiten ohne eine ruckartige Erhöhung des gesamten Preis-Lohn-Niveaus zu meistern. Allein schon die Tatsache, daß Preise und Löhne stabil blieben und, zumindest zunächst, keine stärkeren Rückwirkungen auf dem Arbeitsmarkt ausgelöst wurden, darf als ein Erfolg gewertet werden.

Die Änderung der wirtschaftspolitischen Methode war nur durch die verständnisvolle Mitwirkung der maßgeblichen Interessenvertretungen möglich. Der Bundesregierung wäre es gar nicht möglich gewesen, in monatelangen mühevollen Verhandlungen einen neuen Weg zu suchen, wenn nicht in den kritischen Wochen nach dem fünften Preis-Lohn-

Abkommen die Repräsentanten der gewerblichen Wirtschaft durch eine Preissenkungsaktion, und die Gewerkschaften durch den Verzicht auf Lohn-erhöhungen die Gefahr einer Inflation zunächst gebannt und der Regierung eine Atempause verschafft hätten. Schließlich konnte der Staatshaushalt nur ausgeglichen werden, weil sich die Landwirtschaft begnügte, die Neuregelung der Agrarpreise ohne Erhöhung ihres gegenwärtigen Gesamteinkommens vorzunehmen. Der stärkste Bundesgenosse der Stabilisierungspolitik war und ist aber wohl die Tendenz sinkender Preise auf den Weltmärkten und der Anti-Inflationskurs in den meisten anderen Ländern.

Verschiedene Momente sprechen für eine weiterhin ruhige Entwicklung von Preisen und Löhnen. Zunächst wird die Währungsstabilität vom Budget her nicht mehr bedroht werden. Wenn es auch im Jahre 1952 noch nicht möglich sein wird, das Budget vollkommen auszugleichen, so werden sich doch voraussichtlich Budget und Counterpart-Gebahrung zusammen währungspolitisch „neutral“ verhalten, das heißt, sie werden im Wege von Steuern, Tarif-

erhöhungen und Counterpart-Eingängen ebensoviel Geld aus der Wirtschaft ziehen wie sie ihr im Wege von öffentlichen Ausgaben und Counterpart-Investitionen zuführen.

Weiters dürfte die allgemeine Konjunkturschwäche im Inlande, ungeachtet einer leichten Belebung in jüngster Zeit, voraussichtlich noch einige Zeit anhalten. Die Produktionsrückgänge in den Konsumgüterindustrien, eine gegenüber dem Vorjahre um 26.000 höhere Zahl von Arbeitslosen sowie die — abgesehen von einer vorübergehenden Belebung zu Ostern — anhaltend schwache Konsumgüternachfrage beweisen hinreichend, daß die österreichische Wirtschaft gegenwärtig nicht von inflationistischen Tendenzen gefährdet wird.

Die Hoffnung auf eine relativ ruhige Entwicklung von Preisen und Löhnen gründet sich aber auch darauf, daß es für die Kreditpolitik in einer Konjunkturphase, in der Banken und Unternehmer selbst zur Vorsicht neigen, nicht allzuschwierig sein sollte, die von Steuer- und Tariferhöhungen ausgelösten Preisauftriebstendenzen im Zaume zu halten.

Die stärkste Stütze für das Gelingen der Stabilisierungspolitik, zugleich aber Anlaß zu ernster Besorgnis, bildet die internationale Konjunkturabschwächung. Der seit Monaten rückläufige österreichische Export — das Ausfuhrvolumen im April war das niedrigste seit August 1950 — zeigt, daß die gewerbliche Wirtschaft angesichts der sinkenden Weltmarktpreise mehr und mehr ihre Konkurrenzfähigkeit verliert. Wer gehofft hatte, die Stabilisierungspolitik werde das österreichische Preisniveau senken und damit die während der inflationistischen Entwicklung im Jahre 1951 vielfach verlorene Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft wiederherstellen, muß enttäuscht sein. Diese Erwartungen konnten nicht erfüllt werden, weil die im Zuge des Budgetausgleiches erfolgten Steuer-, Tarif- und Gebührenerhöhungen die gewerbliche Wirtschaft mit fast 2 Mrd. S belasten. Eine solche Ziffer läßt für Preissenkungen wenig Spielraum. Bedenkt man weiters, daß durch die Einschränkung der ERP-Investitionen vorwiegend die unmittelbar produktiven, vielfach dem Export dienenden Investitionen der Industrie betroffen wurden, die Investitionen der öffentlichen Hand jedoch im Jahre 1952 auch real mindestens so hoch sein werden wie im Vorjahre, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß bei der Stabilisierung der Binnenwirtschaft die dringenden

Exportbedürfnisse unserer Exportwirtschaft nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Stabilisierung der Binnenwirtschaft, Schrumpfung des Außenhandels

Die österreichische Binnenkonjunktur scheint sich nach der leichten Abschwächung zu Jahresbeginn auf einem etwas tieferen Niveau zu stabilisieren. Kennzeichnend hierfür ist vor allem die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Während die Zahl der *Beschäftigten* nach dem saisonbedingten Tiefpunkt im Februar zunächst nur langsam zunahm, stieg sie im April und Mai wieder saisongemäß. Ende Mai wurden 1.976.000 Beschäftigte gezählt, um 19.600 weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Auch die Entwicklung der *Arbeitslosigkeit* entspricht in den letzten zwei Monaten den Saisonerwartungen. Im April nahm die Zahl der Arbeitslosen um 42.900 (im Vorjahr 41.800) und im Mai um 23.000 (21.200) ab. Ende Mai waren 124.400 unselbständig Erwerbstätige arbeitslos, um 26.200 mehr als Ende Mai 1951. Es bleibt abzuwarten, ob die jüngste Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt (in der ersten Hälfte Juni ist die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden nur noch um 1.100 zurückgegangen) eine verhältnismäßig optimistische Beurteilung der allgemeinen Konjunktur-entwicklung rechtfertigt.

Die saisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarktes im April und Mai läßt darauf schließen, daß sich auch die *Industrieproduktion* weiter erholt hat. Zunächst liegen erst die Produktionsergebnisse für März vollständig vor. In diesem Monat blieb die Gesamtproduktion der Industrie praktisch stabil (der auf Kalendertage abgestellte Produktionsindex sank nur um 1% auf 166,2% von 1937, der saisonbereinigte Index blieb unverändert). Wohl mußten viele Konsumgüterindustrien ihre Produktion wegen Absatzschwierigkeiten drosseln. So erzeugten die Textilindustrie um 10%, die Papierindustrie um 8% und die Leder- und Schuhindustrie um 7% weniger als im Februar. Auch in der chemischen Industrie (– 8%) und in der Elektroindustrie (– 5%) ist die Produktion gesunken. Diese Produktionsrückschläge wurden jedoch durch stärkere, teilweise die Saisonerwartungen übertreffende Produktionssteigerungen in den Metallhütten (+ 55%), in der Baustoffindustrie (+ 45%), in den Gießereien (+ 15%) und in einigen anderen Produktionsmittelindustrien wettgemacht. Die allgemeine Entspannung auf den Rohstoffmärkten begün-

stigt vor allem die Produktion jener Zweige, die bisher aus Mangel an Rohstoffen ihre Produktionskapazität nur teilweise ausnützen konnten.

Für April liegen erst einige Produktionsdaten aus den Konsumgüterindustrien vor, die wohl im allgemeinen einen weiteren Produktionsrückgang zeigen, der aber meist geringer ist als im März (Papierindustrie — 3·5%, Tabakwerke — 2·6%, Textilindustrie — 2·6%).

Der Geschäftsgang im *Einzelhandel* hat sich im April dank warmem Wetter und Osterfeiertagen stärker belebt, als zu dieser Jahreszeit erwartet wurde. Die Umsätze stiegen wertmäßig um 10% und waren damit erstmalig seit Oktober 1951 auch mengenmäßig höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Stärkere, übersaisonmäßige Umsatzsteigerungen waren bei Schuhen (+ 64%), Textilien (+ 30%), Lederwaren (+ 48%) und Papierwaren (+ 34%) zu beobachten. Der bessere Geschäftsgang im April hat die Liquidität des Handels wieder erhöht, bot aber noch keinen ausreichenden Ersatz für den Umsatzausfall in den Vormonaten. Da der Handel vielfach damit rechnet, daß die Konsumgüternachfrage weiter niedrig bleiben wird — die bisher vorliegenden Umsatzergebnisse für Mai bestätigen diese Auffassung —, disponiert er weiterhin vorsichtig und erteilt meist nur kurzfristige Aufträge an Industrie und Großhandel.

Das allgemeine *Preisniveau* blieb im Mai weitgehend stabil. Wohl sind die Preise wichtiger ausländischer Rohstoffe (z. B. Wolle, Baumwolle, Kautschuk, Kupfer, Blei, Zink, Flachs, Hanf, Jute) weiter gefallen. Auch einzelne Halbfabrikate und Fertigwaren wurden billiger. Diese Preissenkungen wurden jedoch durch Preissteigerungen kompensiert, die teils saisonbedingt sind, teils auf die Erhöhung der Transportkosten (Eisenbahntarife, Kraftstoffpreise, Beförderungssteuer) sowie auf die Verteuerung von Importwaren aus Kopplungsgeschäften zurückgehen. Der Großhandelspreisindex des Statistischen Zentralamtes ist von Mitte April bis Mitte Mai um 1·4% gestiegen und hat mit 847 (März 1938 = 100) einen neuen Nachkriegshöhepunkt erreicht. Auch der Lebenshaltungskostenindex des Institutes hat sich um 0·3% (von 684·9 auf 686·7) erhöht. Diese Steigerung ist vorwiegend auf Erhöhung der amtlichen Preise für Kalbfleisch zurückzuführen, die bisher unter den tatsächlich gezahlten Preisen lagen. Schaltet man diese rein fiktive Preis-erhöhung aus, so blieb der Index unverändert.

Im Gegensatz zu den Großhandels- und Kleinhandelspreisen hält die Baisse der reagiblen Preise weiter an. Die Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum sanken im Durchschnitt um 6·9%, die „schwarzen“ Devisenkurse (im April) um 3·4%, die Aktienkurse um 5·6% (besonders die Aktien der Textil- und Papierindustrie erlitten stärkere Kurseinbrüche) und die Kurse festverzinslicher Werte um 1·4%.

Das kommerzielle *Kreditvolumen* der Kreditinstitute ist im April um weitere 170 Mill. S gestiegen und lag zu Monatsende mit 11.911 Mill. S um 800 Mill. S höher als zu Jahresbeginn. Diese beträchtliche Kreditausweitung hat zweifellos mitgeholfen, die Liquiditätsschwierigkeiten der Wirtschaft zu überbrücken. Sie war bisher währungspolitisch unbedenklich, weil ihre expansive Wirkung auf den Geldumlauf durch einen stärkeren Zuwachs an Spareinlagen und einen Einzahlungsüberschuß auf dem Counterpart-Konto weitgehend neutralisiert wurde. (Das zirkulierende Geldvolumen war Ende April nur um 4 Mill. S höher als zu Jahresbeginn.)

Diese restriktiven Faktoren verlieren aber zunehmend an Bedeutung. Der Spareinlagenzuwachs geht, wie erwartet, zurück, während die Freigabe von 1·5 Mrd. S Counterpart-Mitteln in den kommenden Monaten wahrscheinlich expansiv wirken wird. Da unter den gegenwärtigen Verhältnissen die von der Kostenseite wirksamen Preisauftriebendenzen am ehesten durch Knapphalten des Geldes aufgefangen werden können, ist es im Interesse der Währungsstabilität geboten, die Kreditexpansion in Zukunft zu verlangsamen.

Eine bedenkliche Entwicklung nimmt die *Ausfuhr*. Nachdem der saisonbereinigte Ausfuhrindex bereits seit Jahresbeginn ständig zurückgegangen war, sank er im April um 4·9%, die Ausfuhr um weitere 11%. Das Ausfuhrvolumen war mit 92% von 1937 das niedrigste seit August 1950, der Ausfuhrwert blieb mit 838 Mill. S weit unter der als notwendig erachteten Höhe von 1 Mrd. S pro Monat. Am stärksten ist die Ausfuhr von Textilien, Bekleidung, Papierzeug, Pappe und Papier zurückgegangen. Auf diese Waren entfielen im April 67·8 Mill. S des gesamten Ausfuhrückganges von 103 Mill. S. Wenn es nicht in absehbarer Zeit gelingt, die fallende Tendenz der Ausfuhr aufzuhalten, wird es für die österreichische Wirtschaft, zumal da auch die Auslandshilfe im Wirtschaftsjahr 1952/53 um fast 50% niedriger sein dürfte

als im letzten ERP-Jahr 1951/52, immer schwieriger werden, die für die reibungslose Versorgung der Wirtschaft und die Sicherung einer hohen Beschäftigung notwendigen Rohstoffe einzuführen. Das Sinken der Ausfuhr hat, sobald das Defizit in der Handelsbilanz nicht mehr durch die Auslandshilfe ausgeglichen werden kann, zwangsläufig auch einen Rückgang der Importe zur Folge. Beides aber bedeutet Schrumpfung der gewerblichen Produktion und, nicht zuletzt, Freisetzung von Arbeitskräften. Wie ernst diese Rückwirkungen wären, ergibt sich daraus, daß die österreichische Industrie ungefähr ein Fünftel ihrer Produktion exportiert.

Während also die Stabilisierungspolitik die Belange des Außenhandels nicht, oder zumindest nicht genügend berücksichtigt hat, scheint die Neufestsetzung der Preise für einige landwirtschaftliche Produkte und Bedarfsgüter die Währungssituation zunächst kaum zu tangieren. Erst in weiterer Folge wird man sehen, ob die Umlegung der Subventionen von Kunstdünger und Futtermitteln auf Brotgetreide und Milch die Agrarproduktion stimuliert und die Währungssituation durch ein erhöhtes Angebot von landwirtschaftlichen Gütern entlastet hat, und schließlich, ob die unter neuem Titel gewährten Subventionen, im Interesse einer Entlastung des Budgets, leichter abgebaut werden konnten, als die bisher bezahlten.

Änderung der landwirtschaftlichen Preis-Kosten-Struktur

Die Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen hatten bereits zu Frühjahrsbeginn vorgeschlagen, die Erzeugerpreise für Brotgetreide und Milch bei unveränderten Konsumentenpreisen zu erhöhen und die hierfür notwendigen Preisstützungen teilweise durch einen Abbau der Importpreissubventionen für Futtermittel und Kunstdünger aufzubringen. Die Landwirtschaft begründete diesen Vorschlag damit, daß die bisherigen Erzeugerpreise für Brotgetreide und Milch keinen Anreiz für eine hohe Marktleistung böten. Die unbefriedigende Marktleistung an Brotgetreide im Wirtschaftsjahr 1951/52 von nur 240.000 t verlieh dieser Argumentation besonderen Nachdruck.

Nachdem man sich geeinigt hatte, für die notwendigen Preisstützungen im Bundeshaushalt vorzusorgen, wurde dieser Vorschlag grundsätzlich akzeptiert. Ab 1. Juli 1952 erhält die Landwirtschaft für

Weizen und Roggen S 2'40 je kg, das sind um 14% und 26% mehr als im Vorjahr (einschließlich Ablieferungsprämien). Gleichzeitig wird der Erzeugerpreis für Milch von S 1'40 auf S 1'60 je l oder um 14% erhöht. Andererseits steigen die Abgabepreise für Auslandsmais und Ölkuchen um 23% und 29%. Superphosphat, Thomasmehl und Kalisalze werden voraussichtlich um 108%, 84% und 52% teurer werden⁴⁾.

Mehreinnahmen und Mehrausgaben der Landwirtschaft i. J. 1952/53

Produkt	A) Mehreinnahmen ¹⁾		Einnahmen	
	Marktleistung 1.000 t	Erzeugerpreis 1951/52 1952/53 S je kg	1951/52 Mill. S	1952/53
Weizen	175	1'95 2'40	341	420
Roggen	125	1'75 2'40	219	300
Milch	900	1'36 1'55	1.224	1.395
			35 ²⁾	
Einnahmen ...			1.819	2.115
Mehrerlös 1952/53 ...				296

Produktionsmittel	B) Mehrausgaben ³⁾		Ausgaben	
	Mengenmäßiger Aufwand 1.000 t	Abgabepreis ab Letztverteiler 1951/52 1952/53 S je kg	1951/52 Mill. S	1952/53
Importmais und Milocorn	475	1'55 1'90	736	903
Ölkuchen	76 ⁴⁾	1'40 1'80	106	137
Superphosphat	90	0'53 1'10 ⁵⁾	48	99
Thomasmehl	126	0'38 0'64 ⁶⁾	48	81
Kalisalz	90	0'46 0'70 ⁶⁾	41	63
Ausgaben ...			979	1.283
Mehrausgaben 1952/53 ...				304

¹⁾ Auf Grund der geschätzten Marktleistung 1952/53. — ²⁾ Ablieferungsprämie für Brotgetreide. — ³⁾ Auf Grund des geschätzten mengenmäßigen Aufwandes 1952/53. — ⁴⁾ Einschließlich 16.000 t aus Inlandsproduktion. — ⁵⁾ Schätzung des Institutes auf Grund der durchschnittlichen Einfuhrpreise im Frühjahr 1952. — ⁶⁾ Unter Berücksichtigung einer Preisstützung von 22 S je 100 kg.

Die Preiserhöhungen sind so bemessen, daß das Einkommen der Landwirtschaft praktisch unverändert bleibt. Die hohen Preise für Weizen, Roggen und Milch sichern der Landwirtschaft wohl Mehreinnahmen von 296 Mill. S pro Jahr (auf Grund der voraussichtlichen Marktleistung 1952/53). Andererseits muß sie jedoch für Futtermittel und Kunstdünger um 304 Mill. S mehr ausgeben (auf Grund der vorgesehenen Importe 1952/53). Innerhalb der Landwirtschaft werden sich allerdings die Rentabilitätsverhältnisse stärker verschieben. Die Erzeugung von Brot-

⁴⁾ Nach den ursprünglichen Vorschlägen der Landwirtschaft sollten die Erzeugerpreise für Weizen — unter Berücksichtigung der im Jahre 1951 gezahlten Ablieferungsprämien — um S 0'75 je kg oder 29%, für Roggen um S 0'85 je kg oder 37% und für Milch um S 0'40 je l oder 29% erhöht werden; Importmais sollte um S 0'40 je kg oder 42% und Ölkuchen um S 0'70 je kg oder 43% teurer werden. Dieser Vorschlag wurde jedoch nicht akzeptiert, da man befürchtete, die hohen Maispreise würden die Fleischpreise in die Höhe treiben.

getreide und Milch wird rentabler, hingegen erhöhen sich die Produktionskosten für Fleisch wegen der Verteuerung der ausländischen Futtermittel und für Kartoffeln, Zuckerrüben, Hülsenfrüchte, Gemüse, Wein und Obst wegen des Abbaues der Preisstützung für Kunstdünger.

Die Neuregelung der Agrarpreise bietet einen Anreiz, Brotgetreide und Milch stärker als bisher dem Markte zuzuführen. Die neuen Preise für diese beiden Produkte wurden nicht nur im Verhältnis zu den amtlichen Höchstpreisen für Fleisch, sondern auch im Verhältnis zu den meist höher liegenden tatsächlich bezahlten Preisen so hoch festgesetzt, daß es sich nicht mehr lohnt, Brotgetreide und Milch in größerem Umfange zu verfüttern. Wohl ist Weizen (Preisindex 662) im Vergleich zur Vorkriegszeit noch immer verhältnismäßig viel billiger als Schweinefleisch (971). Der Verwertungserlös von Weizen bei Verfütterung liegt jedoch bereits unter dem Marktpreis.

Agrarpreisstruktur nach der neuen Regelung¹⁾

Pflanzliche Produkte	Erzeugerpreise		Tierische Produkte	Erzeugerpreise	
	S je 100 kg	1937=100		S je 100 kg	1937=100
Weizen	240'00	661'5	Schlachtochsen	845'50	729'5
Roggen	240'00	922'0	Schlachtkühe	655'00	765'2
Gerste	230'00	679'9	Schlachtkälber ²⁾	1.100'00	842'9
Hafer	200'00	739'4	Fleischschweine ²⁾	1.400'00	970'9
Kartoffeln	73'67	982'3	Milch (100 l)	160'00	740'7
Zuckerrüben	35'00	744'7	Hühner	2.118'75	1.144'3
Sonstiges		1.047'0	Eier (100 St)	70'00	777'8
			Sonstiges		834'1
Insgesamt		843'7	Insgesamt		834'1
			Gesamtdurchschnitt (gewogenes Mittel)		837'6

¹⁾ Berechnung des Institutes; Preise für Weizen, Roggen, Braugerste und Milch nach dem Stand vom Juli 1952, die Preise der übrigen Produkte nach dem Stand von Mitte April 1952; Gewichtung nach Prof. Steden. — ²⁾ Effektiv erzielte Preise in der Umgebung Wiens; der amtliche Höchstpreis für Schlachtkälber in Wien-St. Marx betrug demgegenüber im April 1952 nur 950 S, der Höchstpreis für Schlachtschweine ab Hof in Niederösterreich 1.250 S.

Im Gegensatz zur Preisregelung im fünften Preis-Lohn-Abkommen wurde diesmal auch vorgesorgt, daß die neuen Preisrelationen gehalten werden können. Die Wirkung der neuen amtlichen Höchstpreise ab Hof für Schlachtrinder und Kälber darf zwar nicht überschätzt werden, da auch bei festen Preisen Aufgelder bezahlt werden, wenn die Ware knapp ist und eine etwas reichlicher bemessene Handels- und Verarbeitungsspanne zur Verfügung steht. Entscheidend dürfte hingegen sein, daß im Jahre 1952/53 voraussichtlich genügend Futtermittel importiert werden (im Jahresprogramm 1952/53 ist die Einfuhr von 475.000 t Mais und 60.000 t Ölkuchen vorgesehen), um den gegenwärtigen Viehbestand auch ohne Einsatz von Brotgetreide ausreichend zu füttern.

Durch die Verschiebung der Rentabilitätsverhältnisse wird sich wahrscheinlich die Struktur der landwirtschaftlichen Produktion etwas ändern. Dagegen dürfte der Hauptzweck der Neuregelung der landwirtschaftlichen Preise, die Ausweitung der Produktion und damit ein Rückgang des Einfuhrbedarfes an Brot- und Futtergetreide nur sehr unvollkommen erreicht werden. Da sich die gesamte Kulturläche nur innerhalb sehr enger Grenzen ausweiten läßt, ist ein größerer Erfolg nur zu erwarten, wenn intensiver gewirtschaftet wird als bisher, das heißt, mehr Produktionsmittel und vor allem mehr Kunstdünger eingesetzt werden. Nach dem fast vollständigen Abbau der Preisstützungen ist aber kaum anzunehmen, daß der Kunstdüngerverbrauch steigen wird, eher ist das Gegenteil zu erwarten. Erfahrungsgemäß ist es üblich (obwohl ökonomisch falsch), einen fixen Betrag für den Kunstdüngerankauf aufzuwenden, so daß bei einer Verteuerung entsprechend geringere Mengen bezogen werden. Erfahrene praktische Landwirte sind deshalb der Ansicht, daß es gerade in Österreich notwendig gewesen wäre, die Preisstützungen für Kunstdünger vorläufig noch zumindest teilweise beizubehalten und größere Mengen einzuführen, zumal da Österreich im Kunstdüngerverbrauch unter allen westeuropäischen Staaten immer noch an einer der letzten Stellen rangiert.

Ausgleich des Staatshaushaltes

Die Verhandlungen über den Budgetausgleich wurden im Laufe des Mai abgeschlossen. Die Ergebnisse wurden in einem Nachtragsbudget zusammengefaßt, das in der laufenden Gebarung Ausgaben von 18.849'5 Mill. S und Einnahmen von 18.967'6 Mill. S vorsieht. Der Überschuß des laufenden Budgets von 118'1 Mill. S deckt einen Teil der außerordentlichen Ausgaben von 652'3 Mill. S. Es verbleibt ein Gesamtgebarungsabgang von 534'1 Mill. S, wovon 300 Mill. S durch Counterpart-Mittel und der Rest durch 6%ige Bundesschatzscheine gedeckt werden soll, die von den Kreditinstituten übernommen werden.

Im Vergleich zum ursprünglichen Voranschlag sind die Gesamtausgaben um 18 Mill. S niedriger¹⁾.

¹⁾ Im Nachtragsbudget werden wohl die Ausgaben um 198 Mill. S niedriger ausgewiesen als im ursprünglichen Voranschlag. Davon müssen jedoch 180 Mill. S Zuweisungen an den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds abgezogen werden, die im neuen Budget nicht mehr verrechnet werden.

Wohl wurden von den ursprünglich vorgesehenen Investitionsausgaben 518 Mill. S gekürzt (der erste Sanierungsvorschlag des Finanzministers sah bekanntlich eine Kürzung um 1'1 Mrd. S vor). Andererseits mußte jedoch der Subventionsaufwand von 700 auf 1.200 Mill. S erhöht werden, da die Subventionen im Wirtschaftsjahr 1952/53 in gleicher Höhe — nur anders verteilt — weitergeführt werden wie im Wirtschaftsjahr 1951/52.

Entwicklung des Bundesbudgets

	1951	1952	1952
	Abschluß	Ursprünglicher Voranschlag Mill. S	Neuer Voranschlag
I. Ausgaben			
a) laufende Ausgaben	15.153 ¹⁾	17.906 ²⁾	17.650 ³⁾
b) a. o. Ausgaben	877	914	652
c) Preisstützungen	1.223 ⁴⁾	700	1.200
Summe ...	17.253	19.520	19.502
II. Laufende Einnahmen			
	15.348	18.489 ⁴⁾	18.968
III. Gesamtabgang			
	1.905	1.031	534
IV. Deckung			
a) ERP-Counterpart-Freigaben	443		300
b) ERP-Importsubventionen	880		—
c) Non-ECA-Counterparts	482		—
d) Schatzscheine	100 ⁴⁾		234 ⁴⁾

¹⁾ Ohne Preisstützungen. — ²⁾ Einschließlich 880 Mill. S Preisstützungen, die im Jahre 1951 aus ERP-Mitteln finanziert wurden und formell im Budget nicht enthalten waren. — ³⁾ Ohne 180 Mill. S Wohnbauförderungsbeiträge, die ursprünglich im Voranschlag enthalten waren, im Nachtragsbudget jedoch aus dem Bundeshaushalt ausgeschieden wurden, weil diese Beträge unmittelbar dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds zufließen. — ⁴⁾ Zur Defizitdeckung herangezogene Schatzscheinerlöse. Tatsächlich wurden im Jahre 1951 330 Mill. S und im Jahre 1952 250 Mill. S Schatzscheine begeben.

Die Einnahmen sind im neuen Voranschlag um 479 Mill. S höher¹⁾, obwohl die Erhöhung der Güertarife und der Mineralölsteuer im Jahre 1952 nicht, wie ursprünglich erwartet wurde, 1.200 Mill. S; sondern nur 613 Mill. S einbringen wird. Dieser Einnahmeausfall soll jedoch durch zusätzliche Erträge von 1.066 Mill. S mehr als wettgemacht werden. Im einzelnen erhofft sich der Fiskus 538 Mill. S laufende Mehreinnahmen (davon allein 495 Mill. S öffentliche Abgaben), weitere 385 Mill. S sollen durch zusätzliche Steuern und Abgaben (Erhöhung der Stempel- und Rechtsgebühren, der Zölle, der Beförderungssteuer, der Kraftfahrzeugsteuer usw.) und 143 Mill. S durch einmalige Einnahmen (Abfuhr von Tabaksteuer, Abfuhr von Überschüssen des Getreideausgleichsfonds, raschere Einhebung der Umsatz- und Lohnsteuer) aufgebracht werden.

Als wichtigstes Ergebnis der Budgetsanierung ist hervorzuheben, daß es weitgehend, wenn auch nicht vollständig gelungen ist, das Budget „auf eigene

¹⁾ 299 Mill. laut Nachtragsbudget plus 180 Mill. S Einnahmen aus Wohnbauförderungsbeiträgen.

Füße zu stellen“. Der Fortschritt ist vor allem gegenüber dem Rechnungsabschluß 1951 augenfällig. Während damals nur 89% der Gesamtausgaben (einschließlich ERP-Importsubventionen²⁾) durch laufende Einnahmen gedeckt wurden und 1'9 Mrd. S aus Erlösen ausländischer Hilfslieferungen und durch Kreditoperationen finanziert werden mußten, bleiben die Gesamtausgaben im Jahre 1952 voraussichtlich nur um 534 Mill. S oder 3% hinter den laufenden Einnahmen zurück (siehe Übersicht „Entwicklung des Bundesbudgets“).

Unterschied zwischen dem ursprünglichen und dem endgültigen Voranschlag 1952

I. Mehrausgaben	Mill. S	IV. Mehreinnahmen	Mill. S
Preisstützungen	500	1. Laufende Mehreinnahmen	
	+500	Steuern	495
		Sonstiges	43
II. Ausgabenersparungen			
Baukredite, ordentl. Budget ..	246	2. Steuer- u. Tarifierhöhungen	
Branntweinmonopol	10	Stempel- u. Rechtsgebühren	170
a. o. Budget	262	Zölle	90
		Beförderungssteuer	35
		Erbschafts- und Grund-	
		erwerbssteuer	15
		Kraftfahrzeugsteuer	12
		Gerichtsgebühren	10
		Versicherungssteuer	8
		Technischer Sprit	5
		Körperschaftsteuer,	
		Kreditinstitute	40
		3. Einmalige Erlöse	
		Abfuhr von Tabaksteuern	67
		Abfuhr des Getreide-	
		ausgleichsfonds	36
		Umsatz- und Lohnsteuer-	
		überprüfung	40
			+1.066
V. Mindereinnahmen			
		Güertarife, Bundesbahn ...	500
		Mineralölsteuer	87
			— 587
III. Ausgabenersparungen			
insgesamt	18	VI. Mehreinnahmen	
		insgesamt	479

Das noch verbleibende Defizit von 534 Mill. S birgt, währungspolitisch gesehen, kaum Gefahren, da voraussichtlich auf dem Counterpart-Konto ein größerer Einzahlungsüberschuß bestehen wird. Bisher wurden im Jahre 1952 aus dem Counterpart-Konto erst 1'5 Mrd. S (Jahresfreigabe 1952) zuzüglich 300 Mill. S (Restfreigabe 1951, die erst Anfang 1952 ausgegeben wurden), insgesamt also 1'8 Mrd. S freigegeben. Die österreichische Bundesregierung rechnet demgegenüber mit Counterpart-Eingängen von 2'7 Mrd. S (einschließlich 300 Mill. S Rückflüsse an Zinsen und

²⁾ Diese Subventionen wurden wohl nicht im Budget verrechnet, waren aber tatsächlich Staatsausgaben, die sich nur durch eine besondere Finanzierungsform von den übrigen Ausgaben unterschieden.

Amortisationsquoten), so daß per Saldo ein Überschub von 900 Mill. S verbleibt. Selbst wenn sich diese Einnahmenschätzung als zu optimistisch erweisen sollte (sie beruht auf einer Jahresrate der Auslandshilfe von 120 Mill. \$), und dem Freigabeantrag der Bundesregierung gemäß zusätzlich 200 Mill. S für Investitionen außerhalb des Budgets abgezogen werden¹⁾, können Budget und Counterpart-Gebahrung zusammen wahrscheinlich ausgeglichen werden.

Der Ausgleich des Bundesbudgets bringt allerdings eine erhebliche Belastung der Wirtschaft mit höheren Steuern und Tarifen. Allein die seit Jahresbeginn verfügbaren Steuer- und Tariferhöhungen belasten die Wirtschaft mit fast 2 Mrd. S pro Jahr. (Wären diese Beträge zur Verbilligung der Konsumgüterpreise verwendet worden, hätten die Lebenshaltungskosten um etwa 5% gesenkt werden können.)

Steuer- und Tariferhöhungen im Jahre 1952

	Ertrag pro Jahr Mill. S
Gütertariife der Bundesbahnen	900
Mineralölsteuer	200
Stempel- und Rechtsgebühren	340
Zölle	120
Wohnbauförderungsbeiträge	180
Beförderungssteuer	60
Gründererbssteuer und Erbschaftssteuer	30
Körperschaftssteuer und Kreditinstitute	25
Sonstige Steuern und Gebühren ²⁾	45
	1.900

¹⁾ Gerichtsgebühren, Versicherungssteuer, Kraftfahrzeugsteuer.

Unter diesen Umständen ist die Hoffnung auf weitere Preissenkungen gering. Trotz rückläufigen Importpreisen wichtiger Rohstoffe und Absatzschwierig-

¹⁾ Die österreichische Regierung verhandelt über eine Zusatzfreigabe von 500 Mill. S, von der jedoch 300 Mill. S zur Deckung des Budgetdefizits verwendet werden sollen und daher nicht zusätzlich als expansiver Faktor gezählt werden dürfen.

keiten im Inlande wird allein schon das Halten der gegenwärtigen Preise schwierig sein.

Da der Ausgleich des Budgets vorwiegend durch höhere Einnahmen gesucht wurde, können die Staatsausgaben im Jahre 1952 real (nach Ausschaltung der Preisveränderungen) etwa auf gleicher Höhe gehalten werden wie im Jahre 1951. Die für investitionsähnliche Zwecke verfügbaren Mittel des Bundeshaushaltes sind real sogar etwas höher, sofern man die außerhalb des Budgets verrechneten Mittel des Wohnhauswiederaufbaufonds und des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds mitberücksichtigt. Insgesamt werden wohl wegen des Rückganges der Counterpart-Eingänge real um etwa 10% weniger öffentliche Mittel (einschließlich ERP-Mittel) für Investitionen zur Verfügung stehen als im Vorjahr. Dieser Rückgang trifft jedoch hauptsächlich die bisher aus Counterpart-Mitteln finanzierten Investitionen der (privaten und verstaatlichten) Industrie und der Landwirtschaft, von denen vor allem eine Entlastung der Handelsbilanz erwartet werden kann. Damit hat die in den letzten Monaten heftig diskutierte Frage einer Umschichtung der Investitionen zugunsten der „kurzfristigen“ und „konsumnahen“ Investitionen im Zuge des Budgetausgleiches eine etwas überraschende Antwort erhalten.

Investitionsfinanzierung aus öffentlichen Mitteln (Schätzung in Mrd. S)

	1951 Laufende Preise	1951 Preise Ende 1951	1952
Bundesbudget ¹⁾	3'5	3'9	3'7
Länder und Gemeinden	2'3 ²⁾	2'6	2'7
Counterpartinvestitionen (ohne Budget)	2'6	2'9	2'1 ²⁾
Summe ...	8'4	9'4	8'5

¹⁾ Einschließlich der außerhalb des Bundesbudgets verrechneten Investitionen des Wohnhauswiederaufbaufonds und Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds. — ²⁾ Einschließlich 200 Mill. S Industrieinvestitionen aus der erwarteten Zusatzfreigabe von 500 Mill. S. — ³⁾ Schätzung auf Grund der Voranschläge.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten 1.1 bis 1.9

Im April haben die Kreditinstitute ihre *kommerziellen Kredite* um weitere 170 Mill. S (auf 11.911 Mill. S) ausgeweitet. Damit stieg das kommerzielle Kreditvolumen seit Jahresbeginn um 794·9 Mill. S oder 84% der kommerziellen Kreditausweitung im entsprechenden Vorjahrszeitraum und 76% jener im ersten Jahresdrittel 1950. Außer Krediten an die Wirtschaft gaben die Banken im April 109 Mill. S *Schatzscheinkredite* an den Bund, so daß das gesamte Kreditvolumen (ohne ERP-Aufbaukredite) um 279 Mill. S zunahm. Dieser Kreditgewährung stand ein Einlagenzuwachs von nur 44 Mill. S gegenüber. Während sich die Spareinlagen im April um 84 Mill. S erhöht haben, sind die Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten trotz der Kreditexpansion um 40 Mill. S gesunken. Infolge dieser Entwicklung ist auch das formelle *Kreditgewahrungspotential*¹⁾ der Banken (nach dem Kreditkontrollabkommen vom 10. Oktober 1951) im April etwas zurückgegangen und betrug zu Monatsende (für die „erste Runde“ der Kreditgewahrung²⁾) rund 470 Mill. S gegenüber rund 600 Mill. S Ende März.

Da die *Gebarung mit den Counterpart-Mitteln* — wie im Vormonat — Geld aus dem Umlauf zog, konnte die Zunahme des zirkulierenden Geldvolumens³⁾, trotz den neuen Kommerzkkrediten und den Krediten an den Staat, in engen Grenzen gehalten werden. Zwar haben die Kreditinstitute im April 84 Mill. S ERP-Aufbaukredite gegeben und dadurch das zirkulierende Geldvolumen vergrößert; gleichzeitig hat jedoch die Veränderung des ERP-Counterpart-Kontos zusammen mit jener der „Bundesnotenschuld“ mehr Geld aus dem Umlauf gezogen. Im Zuge der Erloseingange und der Ausgänge auf Grund von Freigaben ist nämlich die Post „zeitlich gesperrte Verbindlichkeiten aus Guthaben öffentlicher Stellen“ im Nationalbankausweis, die zur Hauptsache aus dem Counterpart-Konto besteht, im April per Saldo um 201 Mill. S gestiegen. Der Umlauf hat sich noch um weitere 14 Mill. S vermindert, da von den Ausgängen ein Teil für ERP-Industrieinvestitionen bestimmt ist, daher zunächst

1) Siehe auch den Aufsatz „Zur Entwicklung des Kreditvolumens“ in Heft 4 der Monatsberichte, Jg. 1952, S. 113.

2) Die Kreditgewährung schafft neue Scheckeinlagen, die wieder zu 70% ausgeliehen werden können („zweite Runde“) usw. Das gesamte Kreditgewahrungspotential ist also höher als das formelle (direkte).

3) Banknotenumlauf plus Buchgeld „außerhalb des Kreditapparates“ (Girokonten bei der Nationalbank und Scheckeinlagen bei Kreditinstituten, beide ohne Guthaben von Kreditinstituten).

von der „Bundesnotenschuld“ abgebucht wurde und nicht — wie die übrigen Ausgänge aus den Counterpart-Konto — in den Geldumlauf strömte. Es ergab sich deshalb ein restriktiver Nettoeffekt der gesamten Counterpart-Gebarung in Höhe von 131 Mill. S (215 Mill. S minus 84 Mill. S ERP-Aufbaukredite), der — zusammen mit der erwähnten Spareinlagenzunahme und einem kleinen Rückgang des Gold- und Devisenbestandes der Nationalbank (um 2 Mill. S) — die expansive Wirkung der kommerziellen Kreditausweitung sowie der Kredite an den Staat teilweise kompensierte. Das *zirkulierende Geldvolumen* hat daher nur um 11 Mill. S (auf 17.515 Mill. S) zugenommen. Der *Banknotenumlauf* stieg um 70 Mill. S und erreichte mit 8.292 Mill. S einen neuen Höhepunkt. Die freien Nationalbankguthaben (ohne Guthaben von Kreditinstituten) nahmen um 19 Mill. S und die Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten um 40 Mill. S ab.

Der geringen Einlagenerhohtung entsprechend verschafften sich die Geldinstitute im April die Mittel zur Kreditgewährung hauptsächlich von der Notenbank, die Handelswechsel für 48 Mill. S, Aufbauwechsel für 71 Mill. S und Besatzungskostenschatzscheine für 72 Mill. S eskontierte. Außerdem hoben die Institute per Saldo 79 Mill. S von ihren freien Giroguthaben bei der Nationalbank ab und hatten — wie erwähnt — einen Einlagenzuwachs von 44 Mill. S. Außer der Kreditgewährung lösten sie noch für 2 Mill. S Schatzscheine nach § 27 WSchG zurück.

Der *Kapitalmarkt* hat sich in der Berichtsperiode nur wenig verändert. Die Zunahme der *Spareinlagen* (um 84 Mill. S) war zwar immer noch sehr beachtlich, doch wieder kleiner als im Vormonat (109 Mill. S, Februar 157 Mill. S, Jänner 188 Mill. S). Die *Aktienkurse* sind weiter gesunken, lagen aber Mitte Mai mit 392·3 (März 1938 = 100, Kursindex von 36 Industrieaktien) noch um 39·6% über dem Stand von Mitte Mai des Vorjahres. Die Aktienkurse nicht verstaatlichter Gesellschaften fielen stärker (um 5·9%) als die Kurse der Papiere verstaatlichter Betriebe (um 5·3%), was mit den verschlechterten Absatzverhaltnissen in einigen Zweigen mit vorwiegend nicht verstaatlichten Betrieben zusammenhängen dürfte. So erlitten die Aktien der Papierindustrie Kursverluste um 15·5%, und Textilindustrieaktien fielen um 8%. Auch auf dem Markt der *Anlagepapiere* war die Kurstendenz weiterhin sinkend, diesmal wohl weniger noch wegen der Zinsfuerhohtung bei Spareinlagen als wegen der Ankündigung von Neuemissionen höher verzinslicher Pfandbriefe und Kommunalobligationen. Der Kursindex festverzinslicher Werte sank um 1·4% (von 81·3 auf 80·2; März 1945 = 100). Nur der Kurs der

Aufbauanleihe 1949 wurde unverändert gehalten (auf 87 S per 100 S Nominale), und der Kurs der 2%igen Bundesschuldverschreibungen 1947 stieg sogar um 5% (auf 50 S per 100 S Nominale), vor allem wegen des Herannahens eines Steuer- (bzw. Abgabe-) Termins.

Preise und Löhne

Dazu statistische Übersichten 2.1 bis 2.8

Trotz Absatzschwierigkeiten auf vielen Märkten haben sich die Preise im Durchschnitt von Mitte April bis Mitte Mai kaum verändert. In einigen Wirtschaftszweigen konnten Preisrückgänge beobachtet werden; in anderen sind die Preise leicht gestiegen.

Vor allem sanken die Preise für wichtige Importrohstoffe (Wolle, Baumwolle, Kautschuk, Kupfer, Blei, Zink, Flachs, Hanf, Jute). Die Verbilligung der Rohstoffe hat nun im Verein mit den Absatzschwierigkeiten für Fertigfabrikate — nach ziemlicher Verspätung — doch bewirkt, daß zumindest auch die Preise von Halbfabrikaten zurückgegangen sind; die Preise von Fertigwaren ermäßigten sich nur in wenigen Fällen. So wurden z. B. die Preise für Stoffe teilweise erheblich gesenkt, die Preise von Fertigbekleidung jedoch nur vereinzelt. Ähnlich liegen die Verhältnisse auf dem Eisenwaren- und Metallwarenssektor und — besonders deutlich — in der Kautschukartikelbranche.

Preisaufrichtskräfte gingen in der Hauptsache von der Transportkostenerhöhung (Eisenbahntarife, Kraftstoffpreise, Beförderungssteuer) sowie vom Außenhandel aus. Trotz den Appellen der Bundeskammer an Industrie, Gewerbe und Handel, die Kostenerhöhungen „aufzufangen“, ließen sich Preis erhöhungen nicht überall vermeiden. So mußten Preise, die wegen Rohstoffverbilligung und Absatzschwierigkeiten reduziert worden waren, wieder — etwa in Form eines besonderen Zuschlages („Frachterhöhungsausgleich“) — erhöht werden. Durch Kopp lungsgeschäfte kam es teilweise zu fühlbaren Preis erhöhungen bei bestimmten Importwaren (Kraftfahrzeuge, Genußmittel), denen besonders hohe Agios aufgelastet werden.

Der *Großhandelsindex* des Statistischen Zentralamtes ist von Mitte April bis Mitte Mai um 1.4% gestiegen und hat mit 847 (März 1938 = 100) einen neuen Nachkriegshöhepunkt erreicht. Der Rückgang der Weltmarktpreise reichte nicht aus, das Steigen der Inlandspreise für Weizen, Roggen, Kartoffeln, Kalbfleisch, Pferdefleisch, Petroleum, Benzin, Steinkohle, Braunkohle, Koks und Zement zu kompensieren.

Auch der *Lebenshaltungskostenindex* des Insti-

tutes, berechnet für eine Wiener Arbeiterfamilie mit zwei Kindern, nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema, ist infolge Erhöhung der amtlichen Kalbfleischpreise¹⁾ um 0.3% (von 684.9 auf 686.7; April 1938 = 100) gestiegen. Die Erhöhung der offiziellen Kalbfleischpreise hat jedoch die Lebenshaltung gegenüber April tatsächlich deshalb nicht verteuert, weil die Umsätze auch schon bisher vorwiegend zu höheren, wenn auch illegalen, Preisen abgewickelt wurden.

Außer der Kalbfleischpreiserhöhung hat der Index noch Verteuerungen von Reis (5%), Eiern (5.3%), Marmelade (5.1%), Spinat (4%), Kartoffeln (14.3%), Steinkohle (0.4%) und Koks (0.5%) registriert, die teilweise auf das Kopplungsverfahren im Außenhandel, teilweise auf Saisonfaktoren und Frachterhöhungen zurückzuführen sind. Mit wachsendem Angebot an frischem Obst fiel der Preis für Äpfel um 32.7%; Hülsenfrüchte sowie Schweinefleisch wurden ebenfalls etwas (um 4.8% bzw. 1.8%) billiger.

Die Bewegung der *freien Versteigerungspreise* im Wiener Dorotheum war durch scharfe Preisrückgänge bei Gold (um 10.6%), Silber (um 14.0%), Diamanten (um 7.7%) und Perserteppichen (um 9.7%) gekennzeichnet. Der Index fiel um 6.9%, von 557.2 auf 518.8 (März 1938 = 100). Auch die „schwarzen“ Devisenkurse sind (von Ende März bis Ende April) um 3.4% gesunken und erreichten mit 454 (März 1938 = 100) wieder den Stand von Ende Juli vergangenen Jahres (unmittelbar nach dem 5. Preis-Lohn-Abkommen).

Der Index der *Arbeiternettoarbeitslöhne* (Arbeiter in Industrie und Gewerbe in Wien, Verheiratete mit 2 Kindern, Wochenlöhne, einschließlich Kinderbeihilfen) blieb unverändert 722.9 (April 1945 = 100).

Die *Arbeiternettoverdienste* sind — nach dem mit dem Baubeginn zusammenhängenden Anstieg im Februar — im März wieder etwas gefallen. Der Index (für Arbeiter in Industrie und Gewerbe in Wien, Verheiratete mit 2 Kindern, einschließlich Kinderbeihilfen) unterschritt mit 664.5 (August 1938 = 100) den Februarstand (675.9) um 1.7%. Der Rückgang im März ist vorwiegend auf eine Verschärfung der Absatzlage in einigen Konsumgüterindustrien zurückzuführen (Kurzarbeit, insbesondere bei Hilfsarbeitern).

Ernährung

Dazu statistische Übersichten 3.1 bis 3.3

Anfang Juni standen 10.700 t *Importschmalz* (3.200 t Vorrat und 7.500 t bereits gekauft) zur Verfügung, so daß der derzeitige monatliche Bedarf von

¹⁾ Die im Index enthaltene Sorte um 35.0%, durchschnittlich um 39.5%.

rd. 1.800 t für ein halbes Jahr im voraus sichergestellt ist.

Die Versorgungslage wäre allerdings weniger günstig, wenn im Sommer und Herbst infolge der geringeren Schlachtungen die Schmalzrationen erhöht werden müßten. Deshalb wurde auch bisher vermieden, die Importe von Schmalz zugunsten anderer, meist weniger wichtiger Nahrungsmittel zu kürzen¹⁾. In den letzten Monaten konnte nur deshalb mehr Schmalz eingeführt werden, weil die Weltmarktpreise stark gesunken waren und die teuren Einkäufe aus Teilnehmerländern (meist Reexport von USA-Schmalz) mehr und mehr durch billigere Direkteinkäufe in den USA ersetzt wurden²⁾. Obwohl z. B. von Dezember 1951 bis Mai 1952 nur 5,4 Mill. \$ (davon 1,05 Mill. \$ aus Teilnehmerländern) für Schmalzimporte ausgegeben wurden, gegenüber 6,4 Mill. \$ (davon 4,9 Mill. \$ aus Teilnehmerländern) von Juni bis November 1951, konnte für den geringeren Betrag mehr Schmalz gekauft werden (16.250 t gegenüber 13.600 t).

Infolge des Rückganges der Schmalzpreise auf dem Weltmarkt lagen die inländischen Abgabepreise für Schmalz — obwohl sie im März herabgesetzt wurden — im Mai bereits um mehr als 4 S je kg über dem kalkulierten Preis. Mit den so erzielten Überschüssen sollen die Lagerkosten gedeckt und eventuell andere Preise gestützt werden.

Auch die Einfuhren von freiem Speiseöl (u. a. von Olivenöl aus Italien) sind gestiegen. Während im Jahre 1951 insgesamt 3.600 t Speiseöl freigegeben wurden, waren es von Jänner bis April dieses Jahres bereits 2.200 t (allein im April 940 t). Die Verbraucherpreise sind von 30 bis 35 S im Vorjahr auf 20 bis 25 S zurückgegangen, da auch die Weltmarktpreise für Speiseöl sanken und außerdem Öl gegen Devisen und nicht mehr im Kompensationsweg eingeführt wurde.

Infolge günstiger Importe aus den Oststaaten ist die Zuckerversorgung besser als erwartet³⁾. Insgesamt sollen im Zuckerwirtschaftsjahr 1951/52 (1. November 1951 bis 31. Oktober 1952) 41.800 t Zucker (35.500 t aus den Oststaaten und 6.300 t aus Peru und Cuba⁴⁾ eingeführt werden. Bis Ende Mai

¹⁾ Im vorläufigen Importprogramm für das Wirtschaftsjahr 1952/53 sind für die Einfuhr von Schmalz und Pflanzenfetten insgesamt 21,3 Mill. \$ präliminiert, gegenüber 23,7 Mill. \$ im Wirtschaftsjahr 1951/52 (— 10%). Infolge der niedrigeren Einfuhrpreise dürfte sich aber die eingeführte Menge nur von etwa 55.000 t auf 53.000 t verringern (— 4%).

²⁾ Die Schmalzeinfuhren aus Teilnehmerländern waren um durchschnittlich 15 bis 20% teurer als die Direkteinkäufe gegen freie Dollar in den USA.

³⁾ Siehe Monatsbericht Nr. 2, Jg. 1952, S. 44.

waren davon bereits 36.800 t gekauft. Mit der inländischen Produktion von 143.200 t und dem Vorrat von 7.500 t⁵⁾ werden insgesamt 192.500 t verfügbar sein. Daher konnten dem Konsum (Sonderzuteilungen von 8.500 t) und den verarbeitenden Betrieben höhere Mengen zugewiesen werden. Der Zuckerverbrauch dürfte im Wirtschaftsjahr 1951/52 etwa 195.000 t⁶⁾ betragen. Davon entfallen 128.000 t auf Rationen und Sonderzuteilungen, 39.600 t auf verarbeitende Betriebe, 1.000 t auf Werksküchen, 4.000 t auf Weinbauern und Imker, 12.000 t auf den freien Verkauf, 10.400 t auf Prämien. Der Konsum von Zucker wird daher bedeutend höher als im Vorjahr (169.000 t) und als vor dem Kriege (157.000 t) sein.

Etwa die Hälfte des Mehrverbrauches entfällt auf die verarbeitenden Betriebe, da der Absatz von Süßwaren ständig steigt (der Inlandsabsatz der Süßwarenindustrie war i. J. 1951 fast doppelt so hoch wie 1937). Mit einem Verbrauch von 28 kg Zucker pro Kopf wird Österreich in diesem Jahr ein Verbrauchsniveau erreichen, das auch im Vergleich zu westeuropäischen Ländern ziemlich hoch ist.

Produktion und Ausfuhr von Süßwaren

	Produktion ¹⁾			Ausfuhr ²⁾		
	1937	1950	1951 in Tonnen	1937	1950	1951
Zuckerwaren	5.000	12.700	14.686	240	59	228
Schokoladewaren	6.500	8.800	11.042	204	131	395
Dauerbackwaren	5.500	4.800	7.474	9	41	62
Süßwaren insges.	17.000	26.300	33.202	453	231	685

¹⁾ Nur industrielle Erzeugung; nach Angaben des Fachverbandes der Süßwarenindustrie. — ²⁾ Nach Angaben des Österr. Statist. Zentralamtes.

Wiens Fleischverbrauch im Jahre 1951

Nach der endgültigen Marktamtsstatistik wurde Wien im Jahre 1951 mit 74.300 Rindern⁶⁾, 125.403 Kälbern, 394.893 Schweinen, 54.821 Schafen, Ziegen, Lämmern und Kitzen, 8.018 Pferden und 5.074 t Fleisch aller Art beliefert. Damit war die erfaßte Marktversorgung trotz stark verminderten Importen durchwegs (bis auf die Anlieferungen von Fleisch in die Großmarkthalle) besser als im Vorjahr. Die Mengen von 1937 wurden allerdings — außer bei Schafen und Ziegen — auch nicht annähernd erreicht.

⁴⁾ Da im nächsten Jahr die heimische Zuckerproduktion weiter steigen dürfte, die Zuckerimporte aus den Oststaaten aus handelspolitischen Gründen aber nicht radikal gekürzt werden können, will man die Vorräte bis zum Beginn des neuen Zuckerwirtschaftsjahres möglichst aufbrauchen.

⁵⁾ Die Fehlmenge von 2.500 t soll aus der nächsten Kampagne gedeckt werden. Da jedoch die Rationen erfahrungsgemäß nicht voll beansprucht werden (im letzten Halbjahr wurden über 1.000 t eingespart), dürfte man mit den verfügbaren 192.500 t auskommen.

⁶⁾ Außerdem 6.569 Rinder aus Ungarn für die Besatzungsmacht.

Auf Grund der gemeldeten durchschnittlichen Lebendgewichte und der erfahrungsmäßigen Schlachtgewichtsanteile¹⁾ ergeben diese Anlieferungen einen Fleischanfall (einschließlich Speck und Talg) von rund 64.000 t (1950 61.000 t). Nach Abzug des Fettanteiles (Speck und Talg), der mit etwa 5.000 t angenommen werden kann, bleibt ein Fleischangebot von rd. 59.000 t. Der tatsächliche Fleischverbrauch

Anlieferungen von Schlachtvieh und Fleisch nach Wien

Art	1937 ¹⁾	1950 ²⁾	1951 ³⁾	1951 in % von 1937
Rinder ⁴⁾ , 1.000 Stk.....	85'4	63'6 ⁴⁾	74'3 ⁴⁾	87'0
davon: Inland	71'9	52'3	68'6	95'4
Ausland	13'5	11'3	5'7	42'3
Kälber ⁵⁾ , 1.000 Stk	272'3	131'6	125'4	46'1
davon: Inland	259'0	128'2	125'4	48'4
Ausland	13'3	3'4	—	—
Schweine ⁶⁾ , 1.000 Stk	950'7	381'3	394'9	41'5
davon: Inland	551'1	304'4	349'9	63'5
Ausland	399'6	76'9	45'0	11'2
Schafe ⁷⁾ , 1.000 Stk	13'8	21'9	29'8	215'8
Ziegen ⁸⁾ , 1.000 Stk	1'4	3'2	4'0	292'9
Lämmer ⁹⁾ , Kitze, 1.000 Stk	38'5	16'6	21'0	54'5
Pferde ¹⁰⁾ , 1.000 Stk	27'9	3'2	8'0	28'8
Fleisch ¹¹⁾ , 1.000 t	7'1	6'5	5'1	71'5
davon: Inland	5'8	5'9	5'1	87'1
Ausland	1'3	0'6	0'0	1'0

¹⁾ Nach dem Statistischen Jahrbuch der Stadt Wien 1937. — ²⁾ Nach den Jahresausweisen des Marktamtes der Stadt Wien. — ³⁾ Auftrieb auf dem Zentralviehmarkt (einschl. Außermarktbezüge). — ⁴⁾ Außerdem 5.750 Stück (1950) bzw. 6.569 Stück (1951) aus Ungarn für Besatzungsmacht. — ⁵⁾ Anlieferungen auf dem Zentralviehmarkt (einschl. Kontumazanlage, Außermarktbezüge und Weidnermarkt) und in die Großmarkthalle (ohne Zufuhren vom Zentralviehmarkt). — ⁶⁾ Auftrieb von Schlachtpferden auf dem Pferdemarkt. — ⁷⁾ Zufuhren von Rind-, Kalb- und Schweinefleisch, Würsten, Selchwaren, Innereien in die Großmarkthalle (ohne Zufuhren vom Zentralviehmarkt).

war freilich höher. Infolge der niedrigen legalen Marktpreise wurden nämlich im Sommer und Herbst (von Ende Juli bis Mitte November) die Märkte nur schwach beliefert (insbesondere mit Schweinen) und die statistisch nicht erfaßbaren Außermarktbezüge waren daher sehr bedeutend. Nimmt man diese Direktbezüge der Fleischhauer mit etwa 8.000 t an¹⁾, so hat der gesamte Fleischverbrauch Wiens im Jahre 1951 rd. 67.000 t oder 38'3 kg je Kopf der Bevölkerung betragen. Damit wurde der Verbrauch des Vorjahres (je Kopf) nur um 7% übertroffen und der von 1937 erst zu 70% erreicht.

Das Zurückbleiben des Wiener Fleischverbrauchs ist vor allem auf die geringen Importe zurückzuführen. Während die Inlandsaufbringung von rd. 55.000 t im Jahre 1950 auf 62.000 t im Jahre 1951 stieg (+13%) und schon mehr als 80% von 1937 erreichte, sanken die Einfuhren von rd. 9.000 t (14% des Gesamtverbrauches) auf 5.000 t (7% des Gesamtverbrauches) und betragen kaum ein Fünftel des Vorkriegsstandes.

¹⁾ Näheres zur Berechnungsmethode siehe Nr. 4 der Monatsberichte, Jg. 1951, S. 198, „Wiens Fleischverbrauch im Jahre 1950“.

²⁾ Durchschnittlich 15% der erfaßten inländischen Anlieferungen von Schweine-, Rind- und Kalbfleisch.

Fleischverbrauch in Wien nach Fleischarten

Fleischart	1937 ¹⁾		1950 ²⁾		1951 ³⁾		1951 in % von 1937 1950	
	t	%	t	%	t	%	1937	1950
Rindfleisch	26.073	25'5	23.470	36'9	23.619	35'1	90'6	100'6
Kalbfleisch	10.848	10'6	5.088	8'0	4.725	7'0	43'6	92'9
Schweinefleisch ...	58.422	57'1	32.884	51'7	36.526	54'2	62'5	111'1
Schaf- und Ziegenfleisch	323	0'3	573	0'9	668	1'0	206'8	116'6
Lamm- und Kitzefleisch	224	0'2	191	0'3	210	0'3	93'8	109'9
Pferdefleisch	5.939	5'8	763	1'2	1.604	2'4	27'0	210'2
Innereien, Würste ⁴⁾	548	0'5	636	1'0	10	0'0	1'8	1'6
Insgesamt ..	102.377	100'0	63.605	100'0	67.362	100'0	65'8	105'9

¹⁾ Berechnungen der Magistratsabteilung für Statistik. — ²⁾ Berechnungen des Institutes auf Grund der vom Marktamt erfaßten Zufuhren und der geschätzten Direktbezüge der Fleischhauer. — ³⁾ Nur von außerhalb Wien zugeführte Ware; die verwursten Fleischmengen sowie der Anfall von Innereien sind in den Fleischarten enthalten.

Da vor allem der Verbrauch von Schweine- und Pferdefleisch gegenüber dem Vorjahr zugenommen hat, Rindfleisch aber nur etwa gleichviel und Kalbfleisch sogar weniger konsumiert wurde, hat sich die Zusammensetzung des Fleischverbrauches (mit Ausnahme des Kalbfleischanteiles) weiter den Verbrauchsgewohnheiten von 1937 genähert. Vom gesamten Fleischverbrauch entfielen im Jahre 1951 rd. 54% auf Schweine- und 35% auf Rindfleisch gegen 57% und 26% im Jahre 1937. Kalb-, insbesondere aber Pferdefleisch wurde noch immer viel weniger (absolut und relativ) verbraucht als im Jahre 1937.

Im Jahre 1952 dürfte der Fleischverbrauch Wiens abermals leicht steigen. Die erfaßten Anlieferungen waren bis Mai trotz geringeren Importen fast durchwegs höher als im Vorjahr. In den Sommermonaten wird die Versorgung voraussichtlich ebenfalls besser sein, da Vorräte angelegt wurden (bis Ende April über 3.000 t Fleisch und Speck) und größere Importe in Aussicht sind. Im Spätherbst und Winter ist zwar ein Rückgang des inländischen Schweineangebotes zu erwarten; es ist aber nicht anzunehmen, daß dadurch die Verbrauchszunahme der Vormonate kompensiert wird. Da auch die Nachfrage von der Einkommenseite keinen fühlbaren Auftrieb zu erwarten hat, dürfte das derzeitige Preisniveau zunächst gehalten werden können.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten 3.4 bis 3.10

Der Saatensstand von Ende Mai läßt eine befriedigende Getreide- und Ölfruchternte erwarten. Die Herbstsaaten (Roggen, Weizen, Raps) stehen durchwegs gut. Auch die durch Trockenheit im April geschwächten Frühjahrssaaten erholten sich noch dank der kühlen und feuchten Witterung im Mai. Nur auf Sand- und Schotterböden werden die Gersten- und Hafererträge voraussichtlich stärker unter dem Durchschnitt bleiben.

Wenig günstig gediehen bisher *Zuckerrüben*. Wohl wurde erstmals seit Kriegsende wieder die gleiche Rübenfläche wie im Durchschnitt der Jahre 1934/38 kontrahiert (42.000 ha), doch stehen viele Rübenschläge lückig. Überdies ist es noch nicht sicher, ob die präliminierte Anbaufläche tatsächlich erreicht wird, da teilweise mehrmals gesät werden mußte. Freilich könnten auch die spät bestellten Schläge durchaus noch mittlere Erträge geben, sofern es im Sommer genügend feucht und im Herbst sonnig und warm ist. Frühkartoffeln und Mais litten gebietsweise unter Frösten. Der erste *Kleeschnitt* war weniger reichlich als im letzten Jahr. Die im Juni begonnene *Heumahd* brachte gebietsweise nur halbe Erträge, da Untergräser fehlten; die Grummeternte verspricht dagegen gut zu werden. Da auch der Fruchtbehang an Obstbäumen befriedigt und die Weinreben sich günstig entwickeln, darf man damit rechnen, daß die mengenmäßigen Erträge im Pflanzenbau im Durchschnitt nicht viel hinter den relativ günstigen Erträgen des Vorjahres zurückbleiben werden¹⁾.

Der überwiegend gute Stand der Feldfrüchte ist hauptsächlich der stärkeren *Düngung* zu danken. Soweit man schon jetzt schätzen kann, wurden im Herbst 1951 und Frühjahr 1952 12% mehr Handelsdünger als im Wirtschaftsjahr 1950/51 verwendet. Im einzelnen dürfte der Verbrauch an Stickstoff um 7%, an Phosphorsäure um 3% und an Kali um 50% gestiegen sein. Der hohe Kaliverbrauch wurde durch größere, verhältnismäßig preisgünstige Einfuhren ermöglicht. (Endgültige Daten werden erst nach Ablauf des Wirtschaftsjahres — im Juli — zur Verfügung stehen.)

Obwohl sich damit der *Kunstdüngerverbrauch* in Österreich gegenüber der Vorkriegszeit (1936/37) auf das Dreieinhalbfache erhöht hat, war er dennoch ungenügend: In der Schweiz verbrauchte die Landwirtschaft je Hektar Ackerland im Jahre 1950/51 die doppelte, in Deutschland mehr als die dreifache und in den Niederlanden die achtfache Menge. Die höheren Hektarerträge — zumindest die in der Schweiz — gehen hauptsächlich auf die intensivere Düngung zurück. Der bereits beschlossene radikale Abbau der Düngersubventionen ab Juli 1952 dürfte die weitere Intensivierung des Handelsdüngerverbrauches in Österreich erheblich erschweren.

Im April wurden nur 1.353 t *Brotgetreide* auf den Markt gebracht. Die Marktleistung, die bisher 238.508 t, davon 137.825 t Weizen und 100.683 t Roggen erreichte und um 25.637 t oder 12% höher als zur

¹⁾ Siehe auch den Aufsatz „Produktion und Produktivität im österreichischen Pflanzenbau“ in diesem Heft (S. 146).

gleichen Zeit des Vorjahres war, dürfte sich bis Ende Juni nur geringfügig erhöhen, da nach Fixierung der höheren, ab 1. Juli geltenden Erzeugerpreise die noch vorhandenen geringfügigen Getreidevorräte zurückgehalten werden. Da die Bestände an Brotmehl verhältnismäßig groß sind und 10.000 t Weizenbrotmehl aus Frankreich eingeführt werden, wird Weizen seit Mai wieder normal vermahlen — es werden nur 13% Brotmehl gegen 20% bisher gezogen.

Unveränderter Schweinebestand

Am 3. März 1952 wurden in Österreich 2'08 Mill. Schweine gezählt²⁾, d. i. fast ebensoviel wie am 3. März 1951 (2'09 Mill. Stück). Auf den Bestand im I. Quartal 1939 fehlten aber noch 247.730 Stück oder 11%. Die Zahl der trächtigen Zuchtschweine und Ferkel war gleich hoch wie vor einem Jahr. Die Bestände an Jungschweinen und Zuchtsauen waren um 6% und 4% niedriger, jene der Schlacht- und Mastschweine um 16% höher als im März 1951. Da die im I. Quartal erfaßten Mastschweine großteils zwischen April und Juni geschlachtet wurden, steht den Stechviehmärkten im Sommer und Herbst nur der relativ geringe Frühjahrsbestand an Jungschweinen zur Verfügung.

Schwankungen des Schweinebestandes¹⁾

Tierart	Bestand am 3. März			
	1949	1950	1951	1952
± Veränderungen gegen März des Vorjahres in %				
Ferkel.....	- 1'5	+51'8	+13'6	+ 0'3
Jungschweine	-10'3	+41'7	+25'9	- 5'9
Zuchtsauen	- 0'4	+19'1	- 2'4	- 3'8
davon trächtig.....	+ 6'5	+25'2	-10'2	+ 0'3
Schlacht- und Mastschweine	+23'4	+33'1	+37'4	+15'7
Schweine insgesamt ...	- 2'4	+37'9	+19'2	- 0'6

¹⁾ Berechnet nach den Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes.

Im nächsten Winter und im Frühjahr 1953 wird das Angebot an Schlachtschweinen auf Grund des Ferkel- und Sauenbestandes vom Frühjahr 1952 allerdings wieder zunehmen. Doch werden die gewerblichen Schlachtungen voraussichtlich nicht ganz den Umfang vom Winter und Frühjahr 1951/52 erreichen; denn in diesem Zeitraume wurden neben leichten Fleischschweinen auch noch Fettschweine angeboten, die teils aus der stärkeren Nachwuchsproduktion vom

²⁾ In Oberösterreich — ein Viertel des österreichischen Schweinebestandes entfällt auf dieses Bundesland — konnte der Viehbestand im März 1952 nicht gezählt werden; die Schweinebestände wurden von der Landwirtschaftskammer geschätzt. Dadurch leidet sicherlich die Vergleichbarkeit mit früheren Zählungsergebnissen. Dennoch dürften die Angaben hinreichend genau sein, um die künftige Entwicklung einigermaßen zutreffend abschätzen zu können.

Herbst und Winter 1950/51¹⁾, und teils aus einem größeren Abbau des Zuchtschweinebestandes stammten²⁾.

Der konjunkturell bedingte Rückgang der Sauenzulassungen setzte sich seit September 1951 nicht weiter fort, da sich im Herbst 1951 infolge hoher Schweinepreise sowie größerer Einfuhr von Futtermitteln³⁾ und ihrer bevorzugten Abgabe an Brotgetreide- und Schweinelieferanten die *Rentabilität der Schweinemast* erhöhte. Der Ertragsindex – Großhandelspreis von Schweinefleisch als Vielfaches des Großhandelspreises von Inlandsmais – ging zwar in zwischen von 10·0 im Oktober 1951 auf 6·8, 7·0 und 7·6 im März, April und Mai 1952 zurück (rückläufige Schweinepreise sowie höhere Futtermittelpreise). Doch ist dieses Bild von der Rentabilität der Schweinemast nicht ganz zutreffend, da es voraussetzt, daß nur inländische Futtermittel verbraucht werden. Tatsächlich wurde jedoch den Mästern in den letzten Monaten um 40 bis 45% verbilligter Auslandsmais zugeteilt. Da man zur Produktion von 100 kg Lebendgewicht durchschnittlich 500 kg Mais benötigt, wovon 200 kg verbilligt zur Verfügung standen, stellte sich der Ertragsindex für die Marktproduktion von Schweinen im März, April und Mai effektiv auf 8·4, 8·6 und 9·2, das ist um mehr als ein Fünftel höher als bei ausschließlicher Mast mit inländischen Futtermitteln.

Ertragsindex der Schweinemast⁴⁾

	Effektive Großhandelspreise für			Ertragsindex ²⁾	
	inländische Schweinehälften in Wien	Inlandsmais	Auslandsmais	bei ausschließlicher Mast mit Inlandsmais	Auslandsmais
		S je 100 kg			
1951	V. ... 1.475	207·50	85·87	7·1	17·2
	VI. ... 1.500	207·50	85·87	7·2	17·5
	VII. ... 1.600	207·50	116·05	7·7	13·8
	VIII. ... 1.800	207·50	146·23	8·7	12·3
	IX. ... 2.000	207·50	146·23	9·6	13·7
	X. ... 2.300	230—	146·23	10·0	15·7
	XI. ... 2.100	250—	146·23	8·4	14·4
	XII. ... 2.100	250—	146·23	8·4	14·4
1952	I. ... 2.000	260—	146·23	7·7	13·7
	II. ... 1.900	270—	146·23	7·0	13·0
	III. ... 1.900	280—	146·23	6·8	13·0
	IV. ... 1.950	280—	146·23	7·0	13·3
	V. ... 1.950	255—	146·23	7·6	13·3

¹⁾ Berechnungen des Institutes. — ²⁾ Verhältnis des Großhandelspreises von Körnermais zu Schweinefleisch.

³⁾ Im September und Dezember 1950 gab es 605.131 und 487.457 Ferkel gegen nur 539.015 und 454.138 im September und Dezember 1951.

⁴⁾ Im September und Dezember 1950 wurden noch 287.229 und 274.567 Zuchtsauen gehalten, in den gleichen Monaten 1951 nur 278.280 und 250.715.

⁵⁾ Im Wirtschaftsjahr 1951/52 werden voraussichtlich 442.000 t Futtergetreide eingeführt gegen 303.000 t im Wirtschaftsjahr 1950/51.

Allerdings begünstigt das geltende Verteilungssystem für ausländische Futtermittel einseitig die Produktionsgebiete mit hohen Marktleistungen an Brotgetreide und Schweinen und benachteiligt die Gebiete mit vorherrschendem Kleinbesitz und hohem Eigenverbrauch. Da für Hausschlachtungen nur 50 kg Mais zugeteilt werden, sind die Produktionskosten in diesen Gebieten höher. Die unterschiedliche Futtermittelzuteilung und Rentabilität wirkt sich daher auch in der regionalen Entwicklung der Schweinebestände aus. In Oberösterreich (+ 3·2%), Wien (+ 2·9%) und in Niederösterreich (+ 1·7%), die die meisten Schweine und das meiste Brotgetreide auf den Markt bringen, war der Bestand im März größer als vor einem Jahr, in den übrigen Bundesländern war er jedoch niedriger – insbesondere im Burgenland (– 9·3%) und in der Steiermark (– 5·1%).

Auch die *Ferkelmärkte* entwickelten sich regional verschieden. Während in Oberösterreich die Ferkelpreise im Mai 1952 nicht höher als im Mai 1951 und 1950 waren, wurden in den übrigen Bundesländern die Vorjahrespreise um mehr als ein Drittel überboten. Diese Preisentwicklung hängt mit den rigorosen veterinärpolizeilichen Maßnahmen zusammen, mit denen die Maul- und Klauenseuche bekämpft wird. Oberösterreich, das normalerweise die Märkte der übrigen Bundesländer mit Ferkeln versorgt, durfte sie vom Jänner bis April 1952 überhaupt nicht beliefern, ab Mai sind Lieferungen erst nach Einschaltung einer 14tägigen Quarantänefrist erlaubt. Es ist unter diesen Umständen durchaus möglich, daß in Oberösterreich die Schweinenachzucht im Sommer etwas eingeschränkt, in den anderen Bundesländern aber intensiviert wird.

Eine derartige Entwicklung würde freilich mit erheblichen Spannungen verbunden sein. Erfahrungsgemäß können Zuchtschweine verhältnismäßig rasch auf Mast gestellt und die Nachzucht innerhalb kurzer Zeit eingeschränkt werden, doch dauert es viel länger, geeignete Zuchttiere heranzuziehen und die Ferkel- und Jungschweinebestände aufzustocken. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß die Nachzucht von Ferkeln im ganzen vorübergehend etwas sinkt, was eine geringere Fleischproduktion für den Sommer und Herbst 1953 zur Folge hätte.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Die Energieversorgung war im April sehr zufriedenstellend. Die Stromerzeugung wurde durch das hohe Wasserdargebot begünstigt, aber auch die Kohlenbezüge (inländische Kohlenförderung plus Im-

porte) überstiegen den laufenden Bedarf und ermöglichen eine weitere Vorratsbildung.

Die gesamte *Stromerzeugung* betrug im April 503 Mill. *kWh* und war damit um 20% höher als im gleichen Vorjahresmonat. Dies wurde durch eine Mehrerzeugung in den hydraulischen Kraftwerken ermöglicht. Das Wasserdargebot übertraf den Regelmittelwert um 14%. Die kalorische Stromerzeugung konnte daher auf 29 Mill. *kWh* gegenüber 45 Mill. *kWh* im April 1951 eingeschränkt werden. Dem entsprechend wurde um 76% weniger kalorisches Strom erzeugt als im Vormonat.

Infolge des geringen Einsatzes der Dampfkraftwerke stiegen im Berichtsmonat die Brennstoffvorräte und erreichten 239.227 t Kohle (SKB) und 4.886 t Heizöl.

Der Stromimport erhöhte sich auf 13 Mill. *kWh*. Auch der Stromexport war wegen der günstigen Wasserführung mit 88 Mill. *kWh* bedeutend höher als im April 1951 (34 Mill. *kWh*).

Der gesamte *Stromverbrauch* stieg im April auf 420 Mill. *kWh*, um 10% mehr als im gleichen Monat des Vorjahres.

Am 4. April wurde im Dampfkraftwerk St. Andrä der Draukraftwerke A. G. der zweite Generator mit 20 MW Leistung und im Dampfkraftwerk Simmering der Wiener Stadtwerke der zweite Turbosatz mit 28/35 MW Leistung in Betrieb genommen.

Die inländische *Kohlenförderung* betrug im April 16.468 t Steinkohle und 431.719 t Braunkohle. Der Rückgang um 16.180 t (SKB) gegenüber dem Vormonat ist auf die geringere Zahl der Arbeitstage und auf Absatzschwierigkeiten zurückzuführen. Mit der Aprilförderung des Vorjahres verglichen, ergibt sich eine Steigerung um 10%.

Die Verschlechterung im *Absatz* hat verschiedene Gründe: Die Vorräte an Importkohle nehmen zu und manche Industrien können aus Liquiditätsgründen keine großen Lager halten. Auch der Hausbrand, die Dampfkraftwerke und die Bundesbahnen fragen saisongemäß weniger Inlandkohle nach. Der Kohlenbergbau will dieser Situation begegnen, indem er die Urlaube seiner Belegschaft schon über die nächsten zwei Monate verteilt.

Die *Kohleneinfuhr* konnte im April dank den großen Vorräten um nahezu 42% gesenkt werden.

Die USA¹⁾ lieferten im Vormonat noch 210.951 t, im April aber nur 10.833 t. Die Einfuhr aus Polen und der CSR ist weniger zurückgegangen, während die Ruhrkohlenimporte sogar absolut zunahmen. Die

¹⁾ Da sich die allgemeine europäische Kohlennot bedeutend gemildert hat, werden die präliminierten USA-Kohlenimporte für 1952 um ca. 60% gesenkt werden können.

Braunkohlen- und Kokseinfuhren haben sich gegenüber März nicht viel verändert. Insgesamt standen der österreichischen Wirtschaft im April 532.708 t Kohle (SKB) zur Verfügung, um 30% weniger als im Durchschnitt des I. Quartals 1952.

Industrieproduktion

Dazu statistische Übersichten 5.1 bis 5.22

Die Industrieproduktion war im I. Quartal 1952 zwar um 9,2% höher als ein Jahr zuvor, aber um 3,2% niedriger als im IV. Quartal 1951. Im März blieb die saisonübliche Steigerung aus. Die Gesamtproduktion ging vielmehr — die Konjunkturschwäche macht sich nun doch auch in der Produktion bemerkbar — um 1% zurück. Der zu Anfang des Jahres nur auf einige Branchen begrenzte Nachfragerückgang hat nun so gut wie die gesamte Konsumgüterproduktion erfaßt.

Während die Erzeugung in der Investitionsgüterindustrie (Metallhütten, Baustoff-, Gießerei-, Maschinen- und Fahrzeugindustrie) im März saisongemäß zum Teil stark gestiegen ist und der Gesamtindex dauerhafter Güter um 6,5% höher war als im Vormonat, ging die Produktion nicht dauerhafter Güter beträchtlich zurück (– 9,9%).

Da die Zahl der Beschäftigten nur geringfügig abgenommen hat (0,5%), war der Produktivitätsindex (Produktion je Beschäftigter) im März um 0,5% niedriger als im Februar.

Die *Bergbauproduktion* ist im April um 0,2% auf 165,6% gestiegen. Die Absatzlage ist, außer bei Talkum, unvermindert günstig. Die Förderung von Magnesit und die Herstellung von Magnesiterzeugnissen ist, nach einer Steigerung im März, im April wieder um 7,5% zurückgegangen.

Der Produktionsindex der *eisenschaffenden* Industrie ging im April — vor allem wegen der geringeren Rohstahl- und Walzwarenerzeugung — infolge der alljährlichen Überholungsarbeiten um 2,7% auf 202,1% von 1937 zurück.

Die europäischen Eisen- und Stahlmärkte sind in den letzten Wochen durch steigende Konkurrenz, sinkende Preise und fast vollkommenes Desinteressement der USA gekennzeichnet. Belgien, die Saar und in zunehmendem Ausmaß Japan unterbieten einander in schärfstem Wettbewerb.

Die VÖEST liefern derzeit ein großes Roheisen-geschäft mit Großbritannien aus: Sie stehen nun vor dem Abschluß eines neuen Geschäftes über 60.000 t Roheisen. Da auch dann, wenn die Breitbandstraße und das neue Stahlwerk zu arbeiten begonnen haben werden, nur etwa die Hälfte des Ausstoßes von Roh-

eisen im Inland verarbeitet werden kann, bleibt sein Export wichtig.

Der Stand an inländischen Aufträgen auf Walzware hat seinen Höhepunkt überschritten. Eine befristete Aufhebung der Stornogebühren wird die Marktlage weiter entspannen, da dann die Bestellungen revidiert und dem wirklichen Bedarf angepaßt werden können. Besonders die Lieferfristen für Feibleche sind stark zurückgegangen. Nach wie vor besteht ein Engpaß bei Trägern und Stabeisen, deren Lieferfristen noch immer bis zu 15 Monaten betragen.

Sehr günstig entwickelte sich in den letzten Monaten der Export der Stahlbauabteilung der VÖEST. Vor allem der Bau von Wasserkraftanlagen, wie z. B. Druckrohrleitungen aus Aldurstahl, und Brückenbauteilen wurde vom Ausland an das Linzer Werk vergeben.

Die Versorgung mit Ferrolegierungen ist uncinheitlich. Während an Mangan, Silizium und Chrom kein Mangel herrscht, ist der volle Bedarf Österreichs an den durch die IMC bewirtschafteten vier Legierungsmetallen, Wolfram, Molybdän, Nickel und Kobalt, nicht gedeckt worden. Besonders knapp ist die Nickelzuteilung.

Der Produktionsindex der *Metallhütten* ist im März um 55,4% auf 284,4% von 1937 gestiegen. Die Aluminiumerzeugung wurde verdoppelt. Infolge der ungewöhnlich günstigen Energielage kann Ranshofen derzeit schon mit 4 von 5 Ofensystemen arbeiten. Im Laufe des Jahres ist eine weitere Erhöhung der Stromzuteilungen auf 120 MW vorgesehen, was erstmalig die Einschaltung von 4½ Ofensystemen erlauben wird.

Auch die Blei- und Kupfererzeugung konnte im I. Quartal 1952 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ausgedehnt werden.

Der Preisrückgang auf den Buntmetallmärkten wird vorläufig das Aluminiumgeschäft noch nicht beeinträchtigen, da die Kupferpreise noch über den Aluminiumnotierungen liegen.

Die *Gießereiindustrie* konnte ihre Produktion im März um 15,3% auf den beachtlichen Stand von 261,6% steigern. Die Versorgung mit Rohstoffen hat sich entspannt. Altmetalle und Gußbruch werden nun in hinreichenden Mengen angeboten, da die Händler, weitere Preissenkungen fürchtend, ihre Lager räumen und das Material bereits zu den offiziellen Notierungen, vielfach sogar darunter, anbieten. Überpreise werden in keinem Fall mehr verlangt und bezahlt. Das Angebot an Gießereikoks übersteigt bereits die Aufnahmefähigkeit der Indu-

strie, da die beginnende Geldknappheit eine größere Lagerhaltung verhindert.

Der Durchschnitt der Produktion im I. Quartal 1951 wurde in den ersten drei Monaten dieses Jahres um insgesamt 15,7% überschritten. Die Lieferfristen haben sich weiter verkürzt.

Die *Fahrzeugindustrie* konnte ihren Rekordstand des Vormonates noch geringfügig (0,6%) überbieten. Der Index erreichte 254,6% von 1937. Gegenüber dem I. Quartal 1951 betrug die Steigerung in den ersten drei Monaten 31%.

Der Produktionsindex der *Maschinenindustrie* stieg im März um 4,6%. Lediglich Bahnmaterial, Verbrennungsmotore, Waggons, Textilmaschinen und im Stahlbau wurde weniger erzeugt.

Die *Erzeugung der Elektroindustrie* ist wohl im März um 4,8% gesunken, war aber im I. Quartal 1952 um 14% höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Günstig ist noch die Beschäftigung der Starkstromindustrie, die im Rahmen des österreichischen Energieausbaues und auch im Export guten Absatz findet. Auch in einigen Sparten des Schwachstromsektors (Telephone, Meßgeräte und elektrische Zähler) ist der Auftragsstand noch gut. Hingegen stockt der Absatz an Konsumwaren (Haushaltsgeräte, Glühlampen, Radioapparate und sonstige Finalerzeugnisse). Bei weiterhin flauem Inlandsabsatz und Exportrückgang muß hier mit noch stärkeren Produktionseinschränkungen gerechnet werden. Die Schwierigkeiten im Export – besonders von Glühlampen und Radioapparaten – haben bereits zu Kurzarbeit geführt.

Die *Produktion der Baustoffindustrie* hat im März saisongemäß stark zugenommen. Die Zementerzeugung erreichte mit 116.083 t 325% von 1937. In den Ziegeleien wurde im März die Formarbeit aufgenommen, so daß im April und Mai der Ausstoß an gebrannter Ware stark gestiegen ist. Das bisher knappe Ziegelangebot wird dadurch fühlbar erhöht werden. Auch in allen übrigen Sparten der Baustoffindustrie hat die Produktion im März stark zugenommen. Der Gesamtindex ist um 44,9% auf 173,2% von 1937 gestiegen. Im Durchschnitt des I. Quartals 1952 war die Erzeugung um 5,3% niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

In der Steiermark sind neue Lagerstätten feuerfesten Tons gefunden worden. Das Material wird zur Erzeugung säurefester Klinkerziegel verwendet.

In der *chemischen Industrie* hält die allgemeine Stagnation weiter an. Der Produktionsindex ging im März um 7,8% auf 188,9% von 1937 zurück. Die

durchschnittliche Erzeugung war im I. Quartal 1952 um 10% niedriger als im I. Quartal 1951.

Nur in wenigen Sparten konnte die Erzeugung ausgedehnt werden, das saisonübliche Ausmaß wurde jedoch nicht erreicht.

Die Produktion von Teerdestillaten bei den VÖEST (Kokerei) wurde in letzter Zeit erhöht. Der Anfall von Benzol dient zur Verbesserung des inländischen Benzins. Außer Waschöl werden hauptsächlich noch Straßenteer und Teerbitumengemische hergestellt, ferner Dachlacke und Tränkmassen.

Der Produktionsindex der Papierindustrie ist im April infolge des allgemeinen Nachfragerückganges um 3,5% auf 101% von 1937 gesunken.

Die Weltmarktpreise für Papier und Zellulose geben weiter nach. Storni haben den Bestandsstand bei den österreichischen Papier- und Zellulosefabriken stark schrumpfen lassen. Neue Exportaufträge laufen nur sehr spärlich ein. Auch die Nachfrage auf dem Inlandmarkt hat stark nachgelassen. Dennoch konnten vorderhand Arbeiterentlassungen vermieden werden, denn die Betriebe hatten noch alte Aufträge auszuliefern und arbeiten z. T. auf Lager. Nur Sonn- und Feiertagsschichten wurden eingestellt.

Der Konjunkturrückgang in der Textilindustrie wirkte sich im März in einer nahezu 10%igen Produktionsverminderung aus. Trotzdem war die Gesamtproduktion in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 7,8% höher als im gleichen Zeitraum des Jahres 1951.

Die gegenwärtige Weltmarktlage hat auch die Bastfaserindustrie in Mitleidenschaft gezogen. Der Inlandsabsatz ist ebenso wie der Export in den letzten Monaten sehr stark zurückgegangen. Den stärksten Rückschlag erlitt die Ausfuhr von Hanfgarnen, während Juteerzeugnisse noch in befriedigendem Umfang exportiert werden.

Im Gegensatz zu den sonstigen Produktionseinschränkungen belebte sich der Absatz einiger Saisonartikel. So gibt es viele Aufträge auf Badeanzüge; die reichhaltigen Kollektionen der österreichischen Unternehmer brachten gute Exportgeschäfte.

Die St.-Pöltner Glanzstofffabrik will in Zukunft der österreichischen Textilindustrie mehr Garne zuführen; es würden so Einfuhren und Devisen eingespart.

Die Leder- und Schuherzeugung ging im März um 7,3% zurück und betrug nur 85,2% von 1937. Auch die Durchschnittsleistung im I. Quartal 1952 war um 5,7% niedriger als im Vorjahr. Der Auftrags-

stand in der Lederwaren- wie auch in der Leder-treibriemen- und technischen Lederartikelindustrie ist weiterhin schwach.

Die Produktion der Nahrungsmittelindustrie hat im März um 3,9% abgenommen. Insgesamt wurden jedoch im I. Quartal 1952 um 3,2% mehr erzeugt als im Vorjahr.

Die Tabakwarenerzeugung ging im April leicht zurück (2,6%).

Umsätze

Dazu statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Nach dem flauen Geschäftsgang in den letzten Monaten belebte sich der Absatz im April teilweise (insbesondere bei Schuhen und Textilien) übersaisonnmäßig. Im Durchschnitt stiegen die Einzelhandelsumsätze um 10%; mengenmäßig waren sie erstmals seit Oktober 1951 wieder um etwa 10% höher als im Vorjahr. Dadurch konnte der Umsatzausfall der Vormonate jedoch nur zum Teil ausgeglichen werden.

Indizes der Einzelhandelsumsätze

Branchengruppe	Saisonindex ¹⁾	1950	1951	1952
		Durchschnitt Jänner bis April Jänner = 100		
Nahrungs- und Genußmittel..	.	108'5	106'3	112'6
Textilien und Bekleidung ...	134'4	119'2	92'6	114'6
Möbel und Wohnbedarf	117'0	113'6	93'4	108'6
Sonstiges	102'3	99'3	103'2
Einzelhandel insgesamt	110'7	100'4	111'9

¹⁾ Berechnet auf Grund der Vorkriegsumsätze.

Der Beginn des sommerlichen Wetters kurz vor Ostern dürfte die Konsumenten veranlaßt haben, aufgeschobene Frühjahrseinkäufe nachzuholen oder die geplanten Sommeranschaffungen vorwegzunehmen. Ob die Käufer auch ihre bisherige Zurückhaltung wieder aufgegeben haben, werden erst die nächsten Monate zeigen.

Der lebhaftere Geschäftsgang hat die Lager des Einzelhandels vielfach stark vermindert und seine Liquidität verbessert. Dennoch disponiert der Handel weiter sehr vorsichtig, da er zunächst noch nicht mit einer grundlegenden Änderung der Konsumentenhaltung rechnet und vielfach auch Preissenkungen erwartet. Es werden meist nur kurzfristige Aufträge erteilt, die von Industrie und Großhandel im allgemeinen leicht erfüllt werden können.

Am stärksten war die Umsatzbelebung in der Textil- und Bekleidungsbranche (+ 40%). Vor allem die Käufe von Schuhen haben weitaus mehr als saisonüblich zugenommen (+ 64% gegenüber + 40%) und waren mengenmäßig um etwa 45% höher als

im April 1951. Da der Einzelhandel vielfach seine Lager vermindert hatte, konnte das Sortiment kleinerer Geschäfte die unerwartet große Nachfrage insbesondere nach Sommerware nicht immer voll befriedigen. Kurzfristige Nachdispositionen belebten den Absatz der Industrie und des Großhandels. Auch die Umsätze von *Textilien* nahmen übersaisonmäßig zu (+ 30% gegenüber nur etwa + 20%), erreichten jedoch immer noch nicht das Volumen des Vorjahres (- 5%). Da vor allem leichte Ware gekauft wurde, sind teilweise größere Posten Übergangsware liegen geblieben. Der Handel stellt sich daher zunehmend auf kleine und kurzfristige Bestellungen um, auch weil er dadurch ein reichhaltigeres Sortiment bei kleinem Lager führen kann.

Das Osterfest und das schöne Wetter haben auch die Nachfrage nach den unter „Sonstiges“ zusammengefaßten Waren angeregt. Die Käufe von *Lederwaren* nahmen um 48%, von *Papierwaren* um 34%, von *Spielwaren* um 57% zu und waren mengenmäßig durchwegs (im Durchschnitt um etwa 40%) höher als im Vorjahr. Die Umsätze von *Drogerie- und Parfümeriewaren* stiegen um 15%.

Der Geschäftsgang im *Lebensmittelhandel* war relativ schwach, obwohl die Feiertage eine stärkere Belebung erwarten ließen. Wertmäßig wurde gleichviel, mengenmäßig nur um 3% mehr umgesetzt als im März. Offensichtlich hat sich die Nachfrage infolge der regen Reise- und Ausflugstätigkeit zu den Gaststätten verlagert. Dennoch wurden die Mengenumsätze vom April 1951 um etwa 10% übertroffen. Die Käufe von *Tabakwaren* nahmen um 11% zu und waren auch mengenmäßig um 16% höher als im Vorjahr.

Die Umsätze von *Möbeln* und *Wohnbedarf* gingen dagegen übersaisonmäßig zurück (- 5% gegenüber - 2%) und waren mengenmäßig um etwa 5% niedriger als im Vorjahr. Besonders schwach war die Nachfrage nach Hausrat, Glas und Porzellan.

Die Eingänge an *Umsatzsteuer* (einschließlich Bundeszuschlag) nahmen im April um 6% auf 347·8 Mill. S zu (der Index der Einzelhandelsumsätze stieg im März um 12%).

An *Verbrauchssteuern* gingen im April fast ebensoviel ein wie im Vormonat (139·3 Mill. S). Der Ertrag der Tabaksteuer blieb unverändert (86·2 Mill. S) und der saisonbedingte Rückgang der Einnahmen an Bier- (- 21%), Zucker- (- 24%) und Weinsteuer (- 6%) wurde durch höhere Eingänge an Mineralöl- (+ 13%) und Salzsteuer (+ 29%) weitgehend ausgeglichen.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten 7.1 bis 7.16

Nachdem die *Beschäftigung* im März nur wenig zugenommen hatte, stieg sie im April und Mai wieder ungefähr im saisonüblichen Ausmaß. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich in der Landwirtschaft relativ stärker, dagegen hielten in der Textilindustrie und in einigen anderen Branchen die Schwierigkeiten an.

Die Gesamtbeschäftigung stieg im April um 49.400 (im Vorjahr um 51.500) auf 1.944.200 und blieb damit um 24.800 hinter dem entsprechenden Vorjahrsstand zurück. Im Mai stieg sie um weitere 31.800 (im Vorjahr um 26.600). Von der Zunahme im April entfielen 11.900 (24·1%) auf die Land- und Forstwirtschaft und 37.500 (75·9%) auf die restlichen Wirtschaftszweige; im Vorjahr dagegen entfielen nur 7.600 (14·8%) auf die Land- und Forstwirtschaft und 43.900 (85·2%) auf die anderen Wirtschaftszweige.

Die Land- und Forstwirtschaft holte relativ stärker auf, weil sie von der konjunkturellen Abschwächung nicht berührt wird. Daher ist die Arbeitslage in Gebieten mit überwiegender Land- und Forstwirtschaft günstiger als in jenen Landesteilen, wo die von der Stagnation besonders betroffenen Zweige, wie die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Eisen- und Metallwarenindustrien stark ins Gewicht fallen. So nahm die Beschäftigung in Salzburg und Tirol gegenüber April 1951 leicht zu, und in Kärnten war die Zahl der Arbeitslosen etwas geringer als im Vorjahr. Im Textilland Vorarlberg hingegen ging die Beschäftigung auf den Stand vom Februar zurück¹⁾.

Mit der Konjunkturschwäche ist auch das Problem der Frauenarbeitslosigkeit wieder akut geworden, diesmal allerdings nicht von Seiten des Angebots, sondern von der Nachfrageseite. Die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen in Industrie und Gewerbe ist neuerlich - von 350.400 auf 348.000 - zurückgegangen. Sie ist seit dem Höchststand im Oktober (376.300) ständig gefallen und um 9.800 (2·7%) geringer als im April 1951. Die Unterbringung von Frauen ist äußerst schwierig geworden, obwohl sie vielfach bereit sind, Arbeiten aller Art anzunehmen.

Beschäftigte Arbeiterinnen in Industrie und Gewerbe

Ø 1950	352.234	
Ø 1951	364.142	
1951 April	357.836	1952 Jänner
Oktober	376.250	Februar
November	374.650	März
Dezember	364.121	April
		355.074
		352.198
		350.360
		348.034

¹⁾ Der Rückgang war allerdings geringfügig (um 500 auf 63.200).

Der Rekordstand in der Angestelltenbeschäftigung vom Monat März wurde im April nicht ganz erreicht. Die seit Jahresbeginn leicht fallende Tendenz der Beschäftigung im Bergbau setzte sich im April fort. Die Zahl der von der öffentlichen Hand Beschäftigten stieg um 4.800, da die Bundesbahnen mit dem Beginn der Bausaison ihren im Winter verminderten Arbeiterstand wieder auffüllten.

Die *Arbeitslosigkeit* ging im April um 42.900 (im Vorjahr um 41.800), im Mai um 23.000 (21.200) zurück⁴⁾. Ende April betrug sie 147.400, um 28.000 mehr als ein Jahr zuvor. Während jedoch im April 1951 der Rückgang alle Berufsgruppen mit Ausnahme der Textilarbeiter erfaßte, stiegen heuer auch die Arbeitslosenzahlen bei den Papierarbeitern, graphischen Arbeitern, Chemiarbeitern und bei den Angestellten.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten 8.1 bis 8.12

Die Verkehrsleistungen der Bundesbahnen im *Güterverkehr* gingen — gemessen in Netto-Tonnenkilometern — von März auf April um 6·6% zurück, obwohl um diese Zeit die Leistungen gewöhnlich zunehmen. Die Ursache liegt vor allem im Rückgang der Ein-, Aus- und Durchfuhrtransporte um 317.080 Tonnen; bei einer mittleren Transportweite von 190 km ergibt dieser Tonnageausfall 41·2 Mill. netto-t-km, was der Abnahme der Gesamtleistung entspricht. Trotzdem lag das Gesamtergebnis im April mit 581·6 Mill. netto-t-km immer noch etwas über dem Vergleichsmonat 1951.

Der *Binnenverkehr* war dagegen lebhafter als im März. Die monatlichen Wagengestellungen stiegen auf 166.232 Wagen (+ 7·2%), die täglichen auf 6.649 (+ 11·5%) und lagen um 14·8% höher als im April 1951. Ausschlaggebend dürfte hierfür die für den 1. Mai beschlossene Tariferhöhung gewesen sein, die vor allem die Großverfrächter veranlaßte, ihre Lieferverpflichtungen noch zu den niedrigeren Frachtsätzen abzuwickeln. Die Wagenanforderungen waren daher außergewöhnlich hoch (wahrscheinlich waren sie überhöht worden, um den tatsächlichen Bedarf zu sichern) und führten zu einer ungewöhnlich niedrigen Deckung des Wagenbedarfes; so für Hochbordwagen zu 83·1%, sonstige Wagen 86·9% und insgesamt, einschließlich der Fremdwagen 90·0%. Infolge der angespannten Wagenlage konnten nicht einmal die Anforderungen der Kohlengruben gedeckt werden.

⁴⁾ Die Arbeitslosigkeit unter den Textilarbeitern stieg allerdings auch im Mai weiter an und erreichte einen Stand von 9.300.

Die *Güterverladungen* von Kohle, Erzen und Papier sind um insgesamt 6·1% zurückgegangen, während die aller anderen wichtigen Warengruppen stiegen. Von der Zunahme um 11.242 Wagen entfielen allerdings 81% auf Holz und Baustoffe und 15% auf Sammelgüter.

Wagengestellungen nach Güterarten

	(Voll- und Schmalspur)				
	Jänner	Februar	März	April	
	Stück				(+) (-)
					geg. Vor-
					monat %
Insgesamt	150.207	139.622	154.990	166.232	+ 7·3
davon					
Kohle, Koks	24.600	22.476	22.783	21.525	— 5·5
Holz	22.840	21.222	22.858	25.583	+ 11·9
Baustoffe	14.635	11.605	20.437	26.838	+ 31·3
Eisen, Metalle	11.055	10.795	11.685	11.743	+ 0·5
Papier, Zellstoff	4.753	4.724	4.755	4.328	— 9·0
Erze	6.242	6.839	7.453	7.012	— 5·9
Kunstdünger	5.418	3.828	4.146	4.678	+ 12·8
Nahrungsmittel	8.202	8.390	9.009	9.636	+ 7·0
Stückgut	27.080	26.366	27.855	28.204	+ 1·3
Sammelgut	3.722	3.676	2.846	4.563	+ 60·3
Andere	21.660	19.701	21.163	22.122	+ 4·5

Im *Personenverkehr* haben die Osterfeiertage den Verkauf von Karten gegenüber März von 5·09 Mill. auf 5·23 Mill. Stück erhöht. Da die Zunahme erheblich geringer ist als die Zahl der beförderten Personen während der Feiertage, muß der übrige Reiseverkehr stärker abgenommen haben. Hierfür spricht auch die Abnahme der geleisteten Zugs- und Wagenachskilometer; der Feiertagsverkehr beschränkte sich demnach hauptsächlich auf den Nahverkehr und konnte daher den Ausfall nicht kompensieren.

Der *Fremdenverkehr* erreichte im Monat März mit 1·01 Mill. Übernachtungen den saisongemäß erwarteten Höchststand des Winterhalbjahres, blieb allerdings etwas unter dem Vergleichsmonat 1951, da im Vorjahr Ostern schon in den März fiel. Das vorläufige Ergebnis für April ist mit 824.000 Übernachtungen sehr gut — das zweitbeste der Saison — und übertrifft den Vergleichsmonat 1951 um 15% und 1937 um 32%.

Nach den vorläufigen Meldungen schließt das *Winterhalbjahr 1951/52* mit 4·54 Mill. Übernachtungen ab, d. s. 5% mehr als 1950/51 und die höchste bisher in Österreich erzielte Frequenz in der Wintersaison. Da demgegenüber die Sommersaison 1951 (13·5 Mill. Übernachtungen) immer noch um 17% unter dem Stand von 1937 lag, hält die seit Kriegsende zu beobachtende Umschichtung zugunsten des Winterreiseverkehrs weiter an. Dies betrifft allerdings fast ausschließlich den Inländerverkehr, der in der Wintersaison den Vorkriegsstand um 29% überschritt, in der Sommersaison jedoch um 22% zurückblieb. Der Ausländerverkehr war zwar in beiden Halb-

jahren niedriger als 1937, in der Sommersaison jedoch nur um 4%, im Winterhalbjahr hingegen um 21%. Die Ursachen dieser Entwicklung sind im Inländerverkehr einerseits eine größere Vorliebe für den Winterurlaub, andererseits jedoch die Verminderung des Wiener Reisepublikums (relative Verarmung des Mittelstandes) in der Sommersaison. Im Ausländerverkehr fallen die zahlreichen Wintergäste aus Südosteuropa, die sich in der Vorkriegszeit speziell in Wien (Studenten) aufhielten, weg. Infolge dieser Umschichtung ist auch der Anteil der Inländer im Winterhalbjahr 1951/52 auf 62% gestiegen gegenüber 51% im Jahre 1936/37.

Vorläufiges Ergebnis des Fremdenverkehrs im Winterhalbjahr 1951/52¹⁾

	Insgesamt 1.000 Ub.	in Prozent von		Inländer 1.000 Ub. in %v. 1950/51		Ausländer 1.000 Ub. in %v. 1950/51	
		1950/51	1936/37 ²⁾				
November.....	512'7	105'2	96'7	419'1	104'9	93'6	106'5
Dezember.....	663'3	109'8	91'2	433'0	105'7	230'3	118'4
Jänner.....	699'7	104'2	103'2	422'9	103'4	276'9	105'4
Februar.....	828'0	102'5	99'7	437'4	96'6	390'5	110'0
März.....	1.012'6	97'3	106'1	550'4	92'8	462'1	103'2
April ³⁾	824'0	114'9	132'1	568'0	104'3	256'0	148'4
Winterhalbjahr	4.540'3	104'9	104'5	2.830'8	100'8	1.709'4	112'4
Insges. = 100							
1951/52.....	100'0	—	—	62'3	—	37'7	—
1950/51.....	100'0	—	—	65'5	—	34'5	—
1936/37.....	100'0	—	—	50'5	—	49'5	—

¹⁾ Ergebnisse der monatlichen Zählungen von durchschnittlich 780 Gemeinden, die endgültige Halbjahreszählung erfaßt 1.650 Gemeinden, wodurch sich das vorläufige Ergebnis erfahrungsgemäß um 5 bis 10% erhöht. — ²⁾ Die Zählung 1936/37 erfaßte 2.140 Gemeinden, so daß ein exakter Vergleich nicht möglich ist; die angeführten Prozentsätze dürften wahrscheinlich um 7 bis 10% zu niedrig sein. — ³⁾ Vorläufiges Monatsergebnis.

Wie die monatlichen Abweichungen vom jeweiligen Wintersaison-Monatsdurchschnitt zeigen, konzentriert sich der Fremdenverkehr noch stärker als in den Vorkriegsjahren auf die zweite Saisonhälfte.

Die monatlichen Abweichungen der Übernachtungen vom Durchschnitt der Winterhalbjahre 1929/1931 und 1951/1952

Winterhalbjahr	Nov.	Dez.	Jän.	Febr. in %	März	April	Min./Max. Spanne
1929/30	— 22'6	+ 1'4	+ 1'3	+ 1'0	+ 8'4	+ 10'5	33'1
1930/31	— 33'1	+ 0'1	+ 1'0	+ 3'9	+ 8'0	+ 20'1	53'2
1951/52	— 32'1	— 12'3	— 7'8	+ 9'0	+ 34'2	+ 9'0	66'3

Ob hier strukturelle Veränderungen der Saisonbewegung vorliegen, kann noch nicht eindeutig beurteilt werden. Zwei Umstände sprächen dafür: erstens die seit Jahren zu beobachtende Milderung des Klimas und die damit verbundene Verkürzung der guten Wintersportzeit, und zweitens die zunehmende Vorliebe des Reisepublikums für sonnige Wintertage. Für das Beherbergungsgewerbe ist diese

Ballung des Verkehrs auf einige Monate allerdings unerfreulich.

Die Deviseneinnahmen aus dem Ausländerfremdenverkehr betragen im Winterhalbjahr 1951/52 165'0 Mill. S, d. s. 19'8% mehr als 1950/51 (137'7 Mill. S). Die Tagesausgaben würden demnach in der vergangenen Saison rund 118 S¹⁾ pro Person betragen haben. Die Deviseneinnahmen deckten 7'5% des halben Handelsbilanzdefizites 1951 (ausschließlich der Hilfslieferungen 20%).

Die Pensionspreise der Fremdenverkehrsbetriebe sind in der heurigen Sommersaison höher als im Vorjahr. Gegenüber der Zeit vor dem fünften Preis-Lohn-Abkommen (Mitte Juli 1951) stiegen sie um fast 50%, seit August–September um 35%. Der Durchschnitt beträgt 39 S pro Tag für Zimmer und Verpflegung²⁾. (Die Lebenshaltungskosten erhöhten sich dagegen in den gleichen Zeiträumen nur um 24% und 8%.)

Trotzdem sind die Pensionspreise mit knapp dem Sechsfachen von 1937 immer noch um 10 bis 15% hinter der Verteuerung der Lebenshaltung zurückgeblieben. Der Preisunterschied zwischen den „Ausländer-Gebieten“ im Westen und den „Inländer-Gebieten“ im Süden und Osten ist weiterhin unverändert hoch. So beträgt der durchschnittliche Pensionspreis in Niederösterreich 29 S, in Tirol aber 52 S. Während in Tirol nur 10% der Angebote auf Pensionen unter 35 S entfallen, sind es in Niederösterreich und in der Steiermark 88% bzw. 72%.

Netto-Tagespensionspreise¹⁾ in der Sommersaison 1952 nach Bundesländern²⁾

	Nieder- österreich	Steier- mark	Kärn- ten	Ober- österreich	Salz- burg	Vorarl- berg	Tirol	Summe bezw. Gewog. Durch- schnitt 1—7
	1	2	3	4	5	6	7	
Zahl der erfaßten Betriebe ..	704	539	686	399	357	250	474	3.409
Preisgrenzen in S Min./Max. 15/75	15/100	15/140	18/120	20/185	28/120	25/135	15/185	
Preise ³⁾ in S von/bis..	26/30	29/34	35/39	35/42	43/54	47/56	52/63	32/40
Gewog.Preis- mittel in S 1952.....	29	32	37	38	45	48	52	39
1951 ⁴⁾ ..	20	18	29	.	28	.	35	26
1951=100	146	178	129	.	160	.	138	149 ⁵⁾

¹⁾ Ohne Bedienungs- und sonstige Zuschläge. — ²⁾ Ohne Landeshauptstädte, Badgastein und Luxusarrangements (Zimmer mit eigenem Bad und Verpflegung à la carte). — ³⁾ Jeweiliges arithmetisches Mittel aus „von“ bzw. „bis“ Preisangeboten. — ⁴⁾ Vor der Erhöhung durch das fünfte Preis-Lohn-Abkommen am 15. Juli 1951; die Tagespensionspreise stiegen anschließend um ca. 10 bis 15%. — ⁵⁾ Für 1952 liegt das gewogene Mittel der fünf Länder bei 37'9 S.

¹⁾ Ohne das Zollausschlußgebiet Mittelberg.

²⁾ Auf Grund der Preiskataloge mit 4.665 Preisangeboten in 3.409 Betrieben (ohne Landeshauptstädte, Badgastein und Luxusarrangements). Preise ohne Bedienung und sonstige Zuschläge.

Netto-Tagespensionspreise nach Preiskategorien und Bundesländern

	Summe bzw. Tirol gewogener Durchschn.							
	Nied. östrerr. 1	Steier- mark 2	Kärn- ten 3	Ober- östrerr. 4	Salz- burg 5	Vorarl- berg 6	7	1-7
Zahl der erfaßten Preisangebote ¹⁾ ..	895	743	832	606	532	371	686	4.665
dav. Anteil in % der Preiskategorien								
bis 25 S.....	41'6	32'4	15'9	17'6	3'8	—	0'6	18'7
26—35 S.....	46'1	40'0	42'3	34'5	29'4	14'9	9'4	33'2
36—45 S.....	10'4	18'1	21'0	24'5	26'7	34'4	26'2	21'4
46—60 S.....	1'5	6'7	13'1	14'8	22'0	33'0	36'3	16'2
über 60 S.....	0'4	2'8	7'7	8'6	18'1	17'8	27'5	10'5

1) In Fällen, wo die von den Betrieben angegebenen Preisspannen in mehrere Preiskategorien fallen, sind diese Preisangebote in jeder Gruppe einmal gezählt worden. Daher ist die Zahl der Preisangebote höher als die der Betriebe (3.409).

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten 9.1 bis 9.6

Im April ist sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr erheblich zurückgegangen. Die *Gesamteinfuhr* sank um 235 Mill. S oder 17% auf 1.151 Mill. S, den niedrigsten Wert seit September 1951, und war zum erstenmal seit Kriegsende niedriger als im Vorjahr. Auch das Volumen der Einfuhr war im April mit 99 (1937 = 100) das niedrigste seit August 1951. Die kommerzielle Einfuhr (ohne ERP-Lieferungen) lag mit 991 Mill. S noch um 35 Mill. S über dem entsprechenden Vorjahreswert.

Sie ging gegenüber März um 130 Mill. S., die ERP-Einfuhr um 105 Mill. S zurück. Die ERP-Einfuhren sanken vor allem deshalb, weil die Kohlenimporte aus Amerika wieder eingeschränkt wurden. Aber auch die Rohstoff- und Nahrungsmittelimporte ließen merklich nach, hingegen waren die Metall- und Maschinenimporte höher als in den Vormonaten. Mit dem Zurücktreten der Kohlenimporte aus den USA rückten unter den ERP-Einfuhren die Nahrungsmittel wieder an die erste Stelle. Von den 160 Mill. S ERP-Einfuhren im April waren nahezu 100 Mill. S oder 62'4% Nahrungsmittel, und zwar durchwegs Getreide (38.400 t Weizen, 11.900 t Mais und 15 t andere Getreidearten). Der Großteil der Maislieferungen kam allerdings nicht direkt aus den USA, sondern aus Jugoslawien (11.400 t im Werte von 23'7 Mill. S). Dadurch stieg die Gesamteinfuhr aus Jugoslawien auf 79'3 Mill. S und wurde nur von der aus Westdeutschland, den Vereinigten Staaten und Großbritannien übertroffen. Aber auch die kommerzielle Einfuhr aus Jugoslawien war mit 55'5 Mill. S bedeutend größer als in früheren Monaten (mit Ausnahme des Dezembers 1951), so daß sich die Clearingschuld Jugoslawiens vermindern dürfte.

Von den kommerziellen Importen stiegen nach dem Rückschlag im Vormonat nur die von Maschinen

und verschiedenen Konsumfertigwaren („Sonstige Fertigwaren“).

Da der Import noch stärker sank als der Export, ging der *Einfuhrüberschuß* im April auf 313 Mill. S zurück gegenüber 480 Mill. S im Durchschnitt des I. Quartals. Der Einfuhrüberschuß im kommerziellen Verkehr sank auf 153 Mill. S gegen 209 Mill. S im Monatsdurchschnitt des I. Quartals. Dennoch trat gegenüber der EZU wieder ein Defizit von 2'4 Mill. \$ auf, nachdem die Bilanz im März ausgeglichen war¹⁾.

Die *Ausfuhr* sank im April um 103 Mill. S oder 11% auf 838 Mill. S, den niedrigsten Wert seit Oktober vorigen Jahres, und der saisonbereinigte Ausfuhrindex sank um 4'9%; das Ausfuhrvolumen war mit 92 (1937 = 100) das niedrigste seit August 1950. Auch auf den Arbeitstag berechnet war die Ausfuhr im April mit 33'5 Mill. S geringer als im März (36'2 Mill. S).

Der Exportrückgang war demnach nicht auf die höhere Zahl von Feiertagen im April zurückzuführen, sondern auf den internationalen Konjunkturrückschlag, insbesondere auf den Textil-, Papier- und Zellulosemärkten. Die Textil- und Bekleidungsausfuhr, die sich im Februar und März ein wenig erholen konnte, sank im April wertmäßig auf das tiefe Niveau vom Jänner, mengenmäßig sogar noch tiefer. Die Ausfuhr von Papier und Pappe, die schon in den vergangenen Monaten nachgelassen hatte, ging im April schlagartig von 10.538 t auf 7.754 t (-26'4%) und von 72'6 Mill. S auf 44'8 Mill. S (-38'3%) zurück. Der Export von Papierzeug und Altpapier sank von 5.524 t auf 3.958 t (-28'3%) bzw. von 40 Mill. S auf 25'6 Mill. S (-36%) und erreichte nur mehr die Hälfte der Ausfuhr von Jänner und Februar.

Auf die drei Gruppen — Textilien und Bekleidung, Papierzeug, Papier und Pappe — entfielen vom gesamten Ausfuhrückgang um 103 Mill. S fast 66%, obwohl sie nur 22% der MärzAusfuhr stellten. Aber auch der Holzexport ist stark gesunken (-14'8 Mill. S). Das Schwergewicht des Exportrückchlages liegt sonach bei einigen wenigen Waren, deren Absatz — abgesehen von Holz — sich auch in nächster Zeit nicht viel bessern dürfte. Der Rückschlag im April ist allerdings noch durch gesteigerte Ausfuhren von Erzen, Eisen, Stahl und Metallwaren (plus 18'6 Mill. S) gemildert worden. Da aber auch diese Waren immer schwerer absetzbar sind (insbesondere in Amerika) und die Konkurrenz Westdeutschlands und Japans zunimmt, erfordert der österreichische Export eine stärkere Förderung durch Wirtschaftspolitik und Unterneh-

¹⁾ Das Jännerdefizit betrug 2'3 Mill. \$, das Februardefizit 1 Mill. \$.

Die Entwicklung der Ausfuhr einiger wichtiger Warengruppen

Zeit	A		B		C		Anteil (wertmäßig) d. Waren- gruppen A-C a. d. Gesamt- ausfuhr %	D		E		F		Anteil (wertmäßig) d. Waren- gruppen D-F a. d. Gesamt- ausfuhr %
	Textilien und Bekleidung		Papierzeug		Papier und Pappe			Erze und Schrott		Unedle Metalle		Metallwaren		
	1.000 /	Mill. S	1.000 /	Mill. S	1.000 /	Mill. S		1.000 /	Mill. S	1.000 /	Mill. S	1.000 /	Mill. S	
Ø 1951	2'9	102'9	8'8	52'0	13'1	81'0	29'4	24'7	5'3	45'9	116'0	4'3	46'6	20'9
1952 Jänner .	1'7	67'3	7'8	60'6	11'7	82'3	24'6	31'0	6'7	67'4	176'7	3'0	40'8	26'2
Februar .	2'2	85'7	6'5	50'9	11'9	80'9	24'7	33'1	10'0	45'3	146'2	3'3	47'4	23'1
März ..	2'4	94'5	5'5	40'0	10'5	72'6	22'0	36'6	9'3	52'4	176'0	4'2	54'5	25'5
April ..	1'4	68'9	4'0	25'6	7'8	44'8	16'6	35'5	12'1	71'9	189'3	4'6	57'0	30'8

mer, wenn ein genügend hoher Beschäftigungsgrad erhalten werden soll.

Während Österreich seine Ausfuhr trotz der Weltkonjunktur erst spät und relativ wenig über das Vorkriegsvolumen erhöhen konnte, bekommt es die Rückschläge auf den Weltmärkten besonders früh und stark zu spüren. Das ist um so bedenklicher, als es nicht gelungen ist, in der kurzen Zeit der Hochkonjunktur neben dem Absatz von besonders konjunkturbegünstigten Rohstoffen und Fertigwaren (Eisen, Stahl, Holz, Papier) auch den Absatz konjunkturstabilerer Waren zu festigen.

Österreich hat trotz der Weltkonjunktur seit 1949 seinen Anteil am europäischen Export nicht mehr verbessern können¹⁾. Der Export ist in Österreich seit 1949 nicht stärker gestiegen als in anderen Ländern. Ein weiteres Aufholen des im Kriege verlorenen Terrains — vor dem Kriege betrug Österreichs Anteil am west- und südeuropäischen Export nahezu 2% — wäre aber dringend nötig gewesen, da Österreichs unsichtbare Einnahmen (Fremdenverkehr, Transit) zurückgegangen sind und mit einem Abflauen der internationalen Hochkonjunktur zu rechnen war.

Österreichs Anteil am Export West- und Südeuropas und am Weltexport

Jahr	Anteil am Export	
	West- u. Süd- europas	der Welt ²⁾
	in Prozent	
1928	2'2	—
1938	1'9	0'9
1947	0'7	0'2
1948	1'2	0'4
1949	1'6	0'5
1950	1'5	0'5
1951	1'6	0'6

Q: Internationaler Währungsfonds und Statistische Abteilung der Vereinten Nationen. — ²⁾ Ohne UdSSR und Volksdemokratien.

In wichtigen Partnerländern ist Österreichs Bedeutung als Lieferant sogar etwas zurückgegangen. Im Export nach Westdeutschland ist Österreich von 1950 auf 1951 von der 17. an die 18. Stelle gerückt, nach Italien — wo sich die Einstellung der Kompen-

¹⁾ Während Österreichs Anteil am Export West- und Südeuropas von 1947 bis 1949 noch von 0'7% auf 1'6% zunahm, blieb er seither stabil.

sationsgeschäfte hindernd bemerkbar machte — von der 9. auf die 13. Nur in der Schweiz konnte Österreichs Export von der 15. Stelle im Jahre 1950 an die 10. Stelle im Jahre 1951 vorrücken.

Gliederung der Außenhandelsbilanz nach Währungsgebieten

Die Dollarknappheit ist ein allen westeuropäischen und vielen überseeischen Ländern gemeinsames Problem. Sie stellt daher in Österreich vielleicht nur wegen ihrer Größe einen Sonderfall dar. Österreich hat jedoch nicht nur gegenüber dem Dollarraum, sondern auch gegenüber den anderen Währungsgebieten — so insbesondere im Verkehr mit dem Sterlinggebiet und mit den EZU-Ländern (ohne Großbritannien) und deren Kolonien — ein bedeutendes Außenhandelsdefizit. Es handelt sich dabei nicht um zeitweilig auftauchende generelle Einfuhrüberschüsse, wie sie auch bei Westdeutschland, Frankreich, England und anderen Staaten in letzter Zeit häufig aufgetreten sind, sondern um ein ständiges Defizit. Die Verringerung des Dollardefizits, die mit der Herabsetzung der Auslandshilfe nötig wird, kann also nicht einfach durch eine Verlagerung der Importe auf Nicht-Dollargebiete erreicht werden, sondern nur durch eine generelle Erweiterung der Ausfuhr oder durch Einschränkung der Einfuhr²⁾.

Infolge der ERP-Zufuhren ist das Außenhandelsdefizit gegenüber dem Dollargebiet weitaus am größten, obwohl die EZU-Staaten als Einfuhrpartner eine viel größere Rolle spielen. Es betrug im Jahre 1950 1'9 Mrd. S (72% des Gesamtdefizits von 2'7 Mrd. S) und im Jahre 1951 2'5 Mrd. S (56% des Gesamtdefizits von 4'4 Mrd. S). Im 1. Quartal 1952 betrug es infolge einer Häufung von ERP-Lieferungen (insbesondere Kohlenlieferungen) sogar 906 Mill. S (63% des Gesamtdefizits von 1'44 Mrd. S); doch ist in den kommenden Monaten mit einem Rückgang derartiger Importe zu rechnen. Die Ausfuhr in das Dollargebiet

²⁾ Mit anderen Worten: Die Nichtkonvertierbarkeit des Pfundes und anderer weicher Währungen ist für Österreich nur von sekundärer Bedeutung (sie verhindert unter Umständen die Ausnützung günstigerer Bezugsquellen), da auch die weichen Währungen knapp sind.

Österreichs Außenhandel nach Währungsgebieten

	1950			1951			I. Quartal 1952		
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- überschuß	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- überschuß	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- überschuß
	in 1.000 Schilling								
Sterlinggebiet.....	972.286	444.348	527.938	1.782.477	1.179.561	602.916	414.038	203.352	210.686
EZU-Länder und Kolonien.....	3.953.323	3.706.356	246.967	6.536.242	5.299.691	1.236.551	1.857.432	1.535.927	321.505
Dollarländer.....	2.682.299	741.881	1.940.418	3.599.662	1.135.231	2.464.431	1.261.959	356.196	905.763
Oststaaten.....	1.372.935	1.285.792	87.143	1.894.493	1.609.725	284.768	531.679	461.312	70.367
Sonstige Länder.....	227.050	332.126	+ 105.076 ¹⁾	214.239	410.518	+ 196.279 ¹⁾	52.777	120.964	+ 68.187 ¹⁾

¹⁾ Ausfuhrüberschuß.

zeigt — zumindest bis zu Beginn dieses Jahres — seit Ausbruch des Koreakrieges (wertmäßig) eine stetig, wenn auch langsam steigende Tendenz. Selbst eine Fortsetzung dieser Tendenz (die aber angesichts der Stabilisierung der Preise wenig wahrscheinlich ist) würde jedoch das Dollardefizit nicht fühlbar entlasten können.

Am zweithöchsten war im Jahre 1951 das Defizit gegenüber den EZU-Ländern (ohne Großbritannien) und deren Kolonien, d. i. jenes Gebiet, mit dem Österreich heute infolge seiner Mitgliedschaft bei der Zahlungsunion währungs- und handelsmäßig am engsten verflochten ist. Die Hälfte des Außenhandelsumsatzes (Einfuhr plus Ausfuhr) von 1951 wurde mit diesem Gebiet abgewickelt. Das Defizit gegenüber den EZU-Ländern stieg von dem geringen Betrag von 247 Mill. S. im Jahre 1950 (niedriger als das Sterlingdefizit) auf 1'2 Mrd. S im Jahre 1951, hauptsächlich infolge der Verwendung der bei der EZU eingeräumten Anfangsguthaben in den ersten Monaten des Jahres 1951 und von ERP-Geldern sowie Nationalbankdevisen gegen Ende des Jahres. Da solche außerordentliche Mittel im laufenden Jahr nicht in derselben Höhe zur Verfügung stehen werden wie im Vorjahr, wird auch das EZU-Defizit durch gesteigerte Ausfuhren und verringerte Importe vermindert werden müssen. Die Exporte in die EZU-Länder stiegen (wertmäßig) im Jahre 1950 stark, im Jahre 1951 — bei großen monatlichen Schwankungen — nur schwach. Seit Ende 1951 ist die steigende Tendenz wieder besser ausgeprägt.

Nur das Defizit gegenüber dem Sterlinggebiet nahm im Jahre 1951 gegenüber 1950 nur wenig zu. Es betrug 528 Mill. S im Jahre 1950 und 603 Mill. S im Jahre 1951. Dieser relative Erfolg wurde durch eine starke Exportsteigerung nach Beginn des Koreakrieges erreicht, die das Sterlingdefizit in den Sommermonaten des vorigen Jahres — trotz bedeutend erhöhten Sterlingeinfuhren — merklich verringerte. Seither sind allerdings die Exporte in das Sterlinggebiet beträchtlich gesunken, und das Defizit wächst wieder stark. Im I. Quartal 1952 betrug es bereits 211 Mill. S. Infolge der Absperremaßnahmen in einer Reihe von Sterlingländern wird in absehbarer Zeit kaum der Export dorthin bedeutend gehoben und

dadurch das Defizit gegenüber dem Sterlinggebiet beseitigt werden können.

Der Außenhandel mit den Oststaaten (einschließlich Jugoslawien) — sie stehen als Ausfuhrgebiet hinter den EZU-Staaten an zweiter Stelle — war Mitte 1950 auf ein sehr tiefes Niveau gesunken. Seither steigt er wertmäßig. Da er zum Großteil auf Clearingbasis durchgeführt wird, die mit ihren technischen Krediten nur beschränkte Differenzen zwischen Ein- und Ausfuhr zuläßt¹⁾, sind hier dem Entstehen von Defiziten gewisse Grenzen gesetzt. Trotzdem zeigt auch hier die Entwicklung ein allmähliches (wertmäßiges) Steigen des Defizits von 87 Mill. S im Jahre 1950 auf 285 Mill. S im Jahre 1951 und 70 Mill. S im I. Quartal 1952.

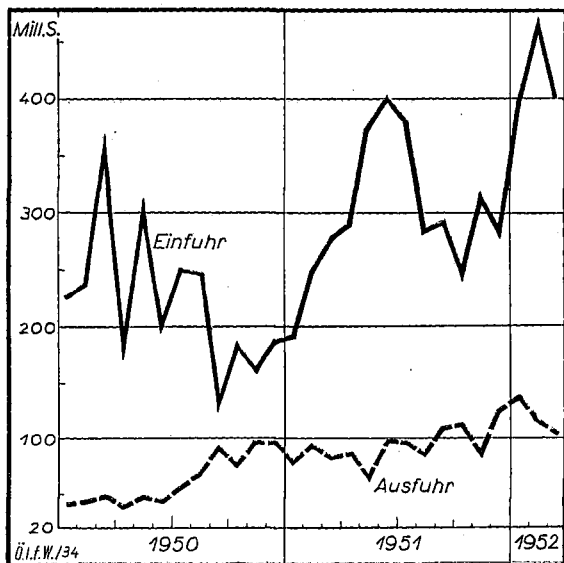
Der österreichische Außenhandel außerhalb der vier großen Währungs- und Wirtschaftsgebiete hat keinen großen Umfang — der Anteil der übrigen Länder am Außenhandelsumsatz betrug im Jahre 1951 nur 2'6% —, erbringt jedoch einen ständigen und zunehmenden Ausfuhrüberschuß. Dieser Ausfuhrüberschuß entspricht in seiner Höhe ungefähr dem Außenhandelsdefizit gegenüber den Oststaaten, so daß man die gegenwärtige Lage etwa so charakterisieren kann, daß unser Außenhandel im Verkehr mit den Dollar- und Westwährungsländern in hohem Maße defizitär, mit der restlichen Welt jedoch weitgehend ausgeglichen ist. Es versteht sich von selbst, daß diese Außenhandelsstruktur mit den Finanzierungsmöglichkeiten beim Import in engem Zusammenhang steht.

Bei Beurteilung des obigen Überblickes über den Außenhandel und die Defizitbildung im Verkehr mit sehr großen Gebieten bleibt zu berücksichtigen, daß innerhalb dieser Gebiete selbst die Lage von Land zu Land sehr verschieden ist, und daß es neben großen Einfuhrüberschüssen auch beachtliche Ausfuhrüberschüsse gibt, so im Jahre 1951 im Verkehr mit Italien (409 Mill. S), Triest (197 Mill. S), Australien (114 Mill. S), Ägypten (95 Mill. S) und einer Reihe anderer Staaten in allen Währungsgebieten.

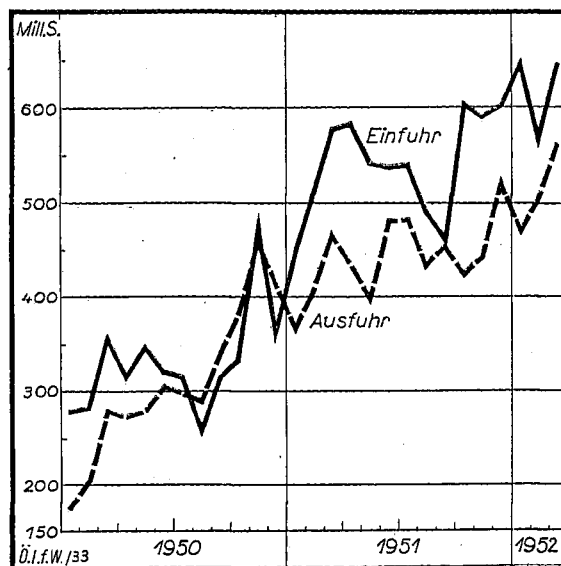
¹⁾ Die Handelsstatistik gibt allerdings nur ein unvollkommenes Bild über die Vorgänge auf den Clearingkonten, da erstens Warenlieferungen und Zahlungstermine zeitlich nicht immer zusammenfallen und zweitens auch Zahlungen für Dienstleistungen über die Clearingkonten abgewickelt werden.

Der Außenhandel nach Währungsgebieten (Normaler Maßstab; Mill. S)

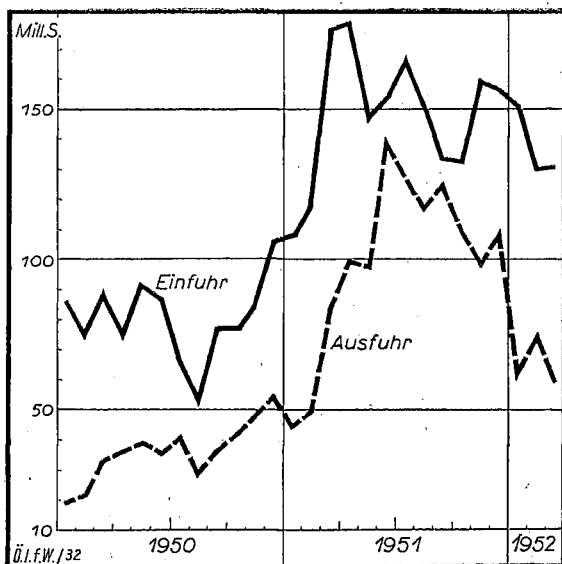
Dollarländer



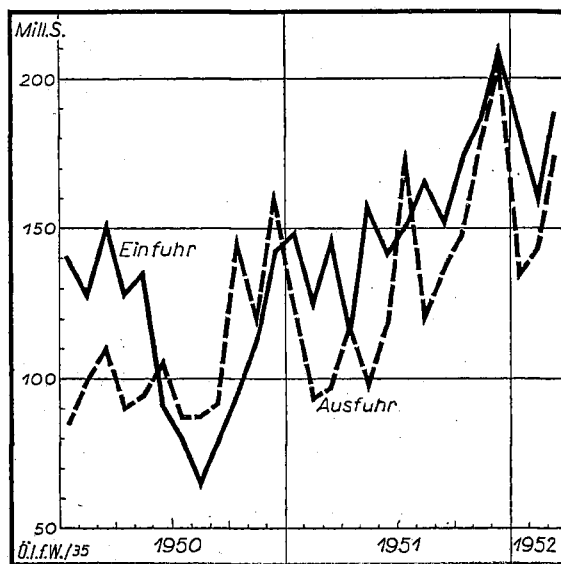
EZU-Länder (ohne Großbritannien) und deren Kolonien



Sterlinggebiet



Oststaaten



Österreichs Außenhandelsbilanz ist im Verkehr mit allen Hauptwährungsgebieten passiv. Am weitaus größten ist jedoch das Defizit infolge der ERP-Lieferungen gegenüber den Dollarländern. Die Exporte in das Dollargebiet sind zwar gestiegen, aber zu wenig, als daß sie zur Lösung dieses Defizitproblems hätten entscheidend beitragen können. Gegenüber den EZU-Staaten ist das Defizit im Jahre 1951 durch Bereitstellung außerordentlicher Mittel stark gewachsen. Im laufenden Jahre ist mit einer Verminderung dieses Defizits zu rechnen. Da in den letzten Monaten die Ausfuhr in das Sterlinggebiet stark zurückgeht, nimmt das Sterlingdefizit, das im letzten Sommer vermindert werden konnte, wieder zu. Der Clearingverkehr mit dem Osten läßt keine großen Diskrepanzen zwischen Ein- und Ausfuhr zu, doch ist auch hier die Handelsbilanz passiv. Nur im Verkehr mit den wenigen Staaten, die zu keinem dieser Währungs- und Wirtschaftsgebiete gehören, erzielt Österreich regelmäßig einen Ausfuhrüberschuß, der etwa so groß ist wie das Defizit gegenüber den Oststaaten.